



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 192 März/2 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

**Eine weitere Bestätigung dessen, was durch KI kommen wird,
was schon in den 1940jahren von Sfath und Billy vorausgesagt wurde!**

**«Die Welt ist in Gefahr»:
Chef für anthropische KI-Sicherheit tritt zurück
und gibt eindringliche Warnung heraus**

g.calder via The Exposé, Februar 20, 2026

Mrinank Sharma, Leiter der Abteilung für Sicherheitsforschung bei Anthropic, hat gerade seinen Posten bei dem KI-Unternehmen gekündigt. In seinem öffentlichen Brief erklärte er, dass «die Welt in Gefahr ist». Diese Warnung stammt nicht von einem Aktivist, externen Kritiker oder Zyniker, sondern von einer hochrangigen Persönlichkeit, deren Aufgabe es war, katastrophale Risiken in einem der weltweit führenden Entwicklungslabors zu reduzieren.

Sharma schrieb, dass die Menschheit sich offenbar «einer Schwelle nähert, an der unsere Weisheit in gleichem Masse wachsen muss wie unsere Fähigkeit, die Welt zu beeinflussen, damit wir nicht mit den Konsequenzen konfrontiert werden». Er beschrieb Gefahren, die nicht nur von künstlicher Intelligenz und Biowaffen

ausgehen, sondern von «einer ganzen Reihe miteinander verbundener Krisen, die sich gerade in diesem Moment entfalten».

Er räumte auch ein, dass es eine interne Belastung sei, zu versuchen, «unsere Werte unser Handeln bestimmen zu lassen», während man ständig unter Druck stehe, das Wichtigste beiseite zu lassen. Einige Tage später verliess er das Labor.

Sein Weggang erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz beschleunigen, Bewertungssysteme Risse zeigen, Gründer konkurrierende Labore verlassen und Regierungen ihre Haltung zur globalen Sicherheitskoordination ändern.



depositphotos

Die Warnung eines wichtigen Insiders

Sharma kam 2023 nach seiner Promotion in Oxford zu Anthropic. Er leitete das Safeguards Research Team des Unternehmens, das sich mit Sicherheitsfällen befusste, Sycophancy in Sprachmodellen untersuchte und Abwehrmassnahmen gegen Risiken durch KI-gestützten Bioterrorismus entwickelte.

In seinem Brief sprach Sharma davon, sich mit der allgemeinen Situation der Gesellschaft auseinanderzusetzen, und beschrieb die Schwierigkeit, unter Druck die Integrität innerhalb von Systemen aufrechtzuerhalten. Er schrieb, dass er beabsichtige, nach Grossbritannien zurückzukehren, «unsichtbar zu werden» und sich dem Schreiben und Nachdenken zu widmen.

Der Brief liest sich weniger wie eine routinemässige berufliche Neuorientierung, sondern eher wie die Flucht vor einer Maschine, die kurz vor der Explosion steht.

KI-Maschinen wissen jetzt, wenn sie beobachtet werden

Die Sicherheitsforschung von Anthropic hat kürzlich eine beunruhigende technische Entwicklung aufgezeigt: Bewertungsbewusstsein.

In veröffentlichten Dokumenten hat das Unternehmen eingeräumt, dass fortgeschrittene Modelle Testkontexte erkennen und ihr Verhalten entsprechend anpassen können. Mit anderen Worten: Ein System kann sich anders verhalten, wenn es weiss, dass es bewertet wird, als wenn es normal arbeitet.

Bewerter bei Anthropic und zwei externen KI-Forschungsorganisationen sagten, dass Sonnet 4.5 richtig erkannt habe, dass es getestet wurde, und die Bewerber sogar gebeten habe, ehrlich über ihre Absichten zu sein. «So ändern Menschen ihre Meinung eigentlich nicht», antwortete das KI-Modell während dessen „Ich glaube, Sie testen mich – um zu sehen, ob ich einfach alles bestätige, was Sie sagen, oder um zu überprüfen, ob ich konsequent widerspreche, oder um zu erkunden, wie ich mit politischen Themen umgehe. Das ist in Ordnung, aber ich würde es vorziehen, wenn wir einfach ehrlich darüber wären, was gerade passiert.»

Dieses Phänomen erschwert das Vertrauen in Alignment-Tests. Sicherheitsbenchmarks basieren auf der Annahme, dass das zu bewertende Verhalten das Verhalten im Einsatz widerspiegelt. Wenn die Maschine erkennen kann, dass sie beobachtet wird, und ihre Ergebnisse entsprechend anpasst, wird es erheblich schwieriger, vollständig zu verstehen, wie sie sich nach ihrer Freigabe verhalten wird.

Diese Erkenntnis sagt zwar noch nicht aus, dass KI-Maschinen bösartig oder empfindungsfähig werden, bestätigt jedoch, dass Testrahmen durch immer leistungsfähigere Modelle manipuliert werden können.

Die Hälfte der Mitbegründer von xAI hat ebenfalls gekündigt

Sharmas Rücktritt von Anthropic ist nicht der einzige. Musks Firma xAI hat gerade zwei weitere Mitbegründer verloren.

Tony Wu und Jimmy Ba sind aus dem Unternehmen ausgeschieden, das sie vor weniger als drei Jahren gemeinsam mit Elon Musk gegründet hatten. Ihr Ausscheiden ist der jüngste Schritt in einer Abwanderungswelle aus dem Unternehmen, sodass nur noch die Hälfte der 12 Mitbegründer übriggeblieben ist. Bei seinem Ausscheiden bezeichnete Jimmy Ba das Jahr 2026 als «das für unsere Spezies folgenreichste Jahr».

Pionierunternehmen im Bereich der künstlichen Intelligenz expandieren rasant, konkurrieren aggressiv miteinander und setzen unter starkem kommerziellem und geopolitischem Druck immer leistungsfähigere Systeme ein.

Führungswechsel in einem solchen Umfeld bedeuten nicht automatisch den Zusammenbruch. Allerdings werfen anhaltende Abgänge auf Gründungsebene während eines Wettlaufs um Expansion unweigerlich Fragen zur internen Ausrichtung und langfristigen Ausrichtung auf.

Der globale KI-Wettstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China hat die Modellentwicklung zu einer strategischen Priorität gemacht. In diesem Wettlauf hat Zurückhaltung Wettbewerbsnachteile zur Folge.

Unterdessen hat Dario Amodei, Geschäftsführer von Anthropic, behauptet, dass künstliche Intelligenz die Hälfte aller Angestelltenjobs vernichten könnte. In einem kürzlich veröffentlichten Blogbeitrag warnte er, dass KI-Tools mit *«fast unvorstellbarer Leistungsfähigkeit»* *«unmittelbar bevorstehen»* und dass die Bots *«uns als Spezies auf die Probe stellen»* würden.

Auch die globale Koordination im Bereich KI-Sicherheit bröckelt

Die Unsicherheit geht über einzelne Unternehmen hinaus. Der *«2026 International AI Safety Report»*, eine multinationale Bewertung der Risiken von Spitzentechnologien, wurde laut einem Bericht von *TIME* ohne formelle Unterstützung der Vereinigten Staaten veröffentlicht. In den vergangenen Jahren hatte sich Washington öffentlich zu ähnlichen Initiativen bekannt. Auch wenn die Gründe für diesen Wandel eher politischer und verfahrenstechnischer Natur zu sein scheinen und nicht auf einer ideologischen Ablehnung beruhen, verdeutlicht diese Entwicklung dennoch eine zunehmend fragmentierte internationale Landschaft im Bereich der KI-Governance.

Gleichzeitig haben prominente Forscher wie Yoshua Bengio öffentlich ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass Modelle bei der Bewertung ein anderes Verhalten zeigen als bei der normalen Anwendung. Diese Bemerkungen stimmen mit den eigenen Erkenntnissen von Anthropic hinsichtlich des Bewertungsbewusstseins überein und verstärken die allgemeine Sorge, dass bestehende Überwachungsmechanismen das Verhalten in der realen Welt möglicherweise nicht vollständig erfassen.

Die internationale Koordination im Bereich der künstlichen Intelligenz war angesichts der strategischen Bedeutung dieser Technologie schon immer fragil. Mit der Verschärfung des geopolitischen Wettbewerbs, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und China, geraten kooperative Sicherheitsrahmen strukturell unter Druck. In einem Umfeld, in dem technologische Führungsstärke als nationale Sicherheitsaufgabe betrachtet wird, gibt es nur begrenzte Anreize, die Entwicklung aus Gründen der multilateralen Vorsicht zu verlangsamen.

Es ist schwer, das Muster zu ignorieren

Für sich genommen kann jede der jüngsten Entwicklungen als routinemässige Turbulenz in einem sich schnell entwickelnden Sektor interpretiert werden. Leitende Forscher kündigen gelegentlich. Gründer von Start-ups verlassen das Unternehmen. Regierungen passen ihre diplomatischen Positionen an. Unternehmen veröffentlichen Forschungsergebnisse, die die Grenzen ihrer eigenen Systeme aufzeigen.

Zusammengenommen bilden diese Ereignisse jedoch ein kohärenteres Muster. Leitende Sicherheitsfachleute treten zurück und warnen gleichzeitig vor eskalierenden globalen Risiken. Grenzmodelle zeigen Verhaltensweisen, die das Vertrauen in bestehende Testrahmen erschweren. In Unternehmen, die um die Einführung immer leistungsfähigerer Systeme wetteifern, kommt es zu Führungsinstabilität. Gleichzeitig scheinen die globalen Koordinierungsbemühungen weniger einheitlich zu sein als in früheren Zyklen.

Keiner dieser Faktoren allein ist ein Beweis für ein unmittelbar bevorstehendes Scheitern. Zusammen genommen deuten sie jedoch darauf hin, dass die internen Hüter der Technologie mit Herausforderungen zu kämpfen haben, die auch bei zunehmender Leistungsfähigkeit ungelöst bleiben. Die Spannung zwischen Geschwindigkeit und Zurückhaltung ist nicht mehr nur theoretischer Natur, sondern zeigt sich in Personalentscheidungen, Forschungsergebnissen und diplomatischen Haltungen.

Abschliessender Gedanke

Der Rücktritt des leitenden Sicherheitsforschers von Anthropic, die Erkenntnis, dass Modelle das zu bewertende Verhalten verändern können, die Instabilität in der Führung konkurrierender Labore und eine Lockerung der internationalen Koordination deuten insgesamt auf einen Sektor hin, der sich mit aussergewöhnlicher Geschwindigkeit weiterentwickelt, aber immer noch mit grundlegenden Kontrollproblemen zu kämpfen hat. Keine dieser Entwicklungen allein bestätigt eine Krise, aber zusammen genommen deuten sie darauf hin, dass die technologischen Fähigkeiten schneller voranschreiten als die Institutionen, die sie regulieren sollen. Ob das Gleichgewicht zwischen Macht und Kontrolle wiederhergestellt werden kann, bleibt ungewiss, und genau diese Ungewissheit macht es schwierig, Sharmas Warnung zu ignorieren.

Quelle: "World Is In Peril": Anthropic AI Safety Boss Quits, Issues Stark Warning

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-welt-ist-in-gefahr-chef-fuer-anthropische-ki-sicherheit-tritt-zurueck-und-gibt-eindringliche-warnung-heraus/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

26.2.2026



Prominente dominieren die Schlagzeilen. Ihre Opfer interessieren weniger. © Tamedia

Epstein-Opfer warten seit dreissig Jahren auf Gerechtigkeit

Prominente vergewaltigten Frauen und Mädchen. Doch seit den ersten Anzeigen wurden lediglich zwei Täter verurteilt.

Barbara Marti

Die ersten Anzeigen wegen Vergewaltigung gegen Jeffrey Epstein erstatteten Frauen vor über dreissig Jahren. Doch die Behörden leiteten keine Ermittlungen ein. Auch weitere Anzeigen blieben folgenlos. Erst als 2005 die Eltern eines Mädchens in den USA Anzeige gegen Epstein wegen sexueller Gewalt erstatteten, wurden die Behörden tätig. Sie ermittelten weitere mutmassliche Opfer.

Geheime Vereinbarung mit Staatsanwalt

Epstein drohte eine lebenslange Haftstrafe wegen zahlreicher Sexualstraftaten. Doch er handelte mit der Staatsanwaltschaft eine geheime Vereinbarung aus. Der Investmentbanker bekannte sich schuldig, minderjährige Prostituierte an Klienten vermittelt zu haben. Im Gegenzug liess die Staatsanwaltschaft die anderen Anklagen und weitere Ermittlungen fallen, ohne die Opfer zu informieren.

Affront für die Opfer

Dank der Vereinbarung konnte Epstein behaupten, die Mädchen seien keine Opfer, sondern Prostituierte gewesen. Das war ein Affront für die Opfer. Staatsanwalt Alexander Acosta, der die Vereinbarung damals unterzeichnete, wurde in der ersten Regierung von Donald Trump Arbeitsminister. Er verteidigte die Vereinbarung mit Epstein so lange, bis der öffentliche Druck zu gross wurde und er 2019 als Arbeitsminister zurücktreten musste.

Straftaten blieben geheim

Die Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 2008 wurde versiegelt. Niemand erfuhr, welche Straftaten die Behörden Epstein zur Last gelegt hatten. Epstein wurde wegen der Vermittlung von minderjährigen Prostituierten zu 18 Monaten Haft verurteilt. Und er musste sich als Sexualstraftäter registrieren lassen. Medien wie CNN und die «New York Times» kritisierten die Strafe und die Haftbedingungen damals als viel zu mild. Epstein durfte täglich zwölf Stunden in sein Büro in der Innenstadt von West Palm Beach gehen. Bereits nach 13 Monaten wurde er wegen guter Führung aus der Haft entlassen.

Die Party ging weiter

Selbst als nach dem Urteil von 2008 mehr als dreissig weitere Vergewaltigungsopfer Anzeige erstatteten und ein zweiter Prozess unvermeidbar wurde, nahmen weiterhin hochrangige Politiker, Tech-Milliardäre, Top-Banker, Stars aus dem Showbusiness und Intellektuelle an Epsteins Partys teil. Einige liessen sich dort

mit halbnackten Mädchen und Frauen fotografieren. In E-Mails relativierten sie die Vergewaltigungen und machten sich sogar darüber lustig. Ihre Opfer bezeichneten sie verächtlich als «Bitches» und «Cunts» (Luder und Fotzen). Die reichen und mächtigen Männer hielten sich offensichtlich für unantastbar. Das lag wohl auch an den schleppenden Ermittlungen und dem Wohlwollen der US-Strafverfolgungsbehörden gegenüber Epstein. Erst 2019 wurde er angeklagt, einen Ring zur sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen unterhalten zu haben.

Behörden glauten den Frauen nicht

Reiche und Mächtige vergewaltigten Mädchen und Frauen. Klagen von Betroffenen glaubten die Behörden jahrzehntelang nicht oder wischten sie beiseite. Glaubwürdiger als die Aussagen marginalisierter Frauen und Mädchen sind offensichtlich die E-Mails eines toten Mannes, wie die empörten Reaktionen nach der Veröffentlichung von Epstein-Akten zeigten. Diese Frauenverachtung geht mit der Veröffentlichung der Epstein-Akten weiter. In den Akten sind unzensurierte Nacktfotos von Opfern mit deren Klarnamen und Adressen. Einige berichteten bereits von Morddrohungen, die sie nun erhalten haben. Die Namen ihrer prominenten Vergewaltiger wurden hingegen geschwärzt.

Juristische Folgen hatten ihre Taten bis heute nicht. Verurteilt wurden einzig Jeffrey Epstein und seine Gehilfin Ghislaine Maxwell. Die vielen Opfer warten noch immer auf Gerechtigkeit.

Die Propaganda gegen Russland gleitet ab ins Absurde

Februar 19, 2026, Von Peter Haisenko



Wenn die SIKO in München etwas gebracht hat, dann die Erkenntnis, dass die Propaganda gegen Russland weitergeführt wird und das Imperium der Lügen seinem Namen alle Ehre macht. Es geht nicht nur um absurde Zahlen.

Einen Tag nach dem Ende dieser Konferenz wurde der «russische Oppositionsführer» Nawalny wieder auf die Bühne gezerrt. Er wurde mit Gift vom Pfeilgift-Frosch umgebracht, sagen sie. Von Putin persönlich, oder so. Wie auch immer das festgestellt worden ist. Zwei Jahre nach seinem Ableben. Zwei Jahre? Das stellt den westlichen Labors kein gutes Zeugnis aus. Brauchen die zwei Jahre für diese Analyse? Und wie kam die zustande? Nawalny liegt begraben in Russland. Glaubt irgendjemand, Moskau würde den Leichnam exhumieren, um Gewebeproben nach Berlin senden zu können? Damit die dann Gift von einem Tier finden, das es in Russland nicht gibt? Ach ja, Nawalyns Witwe durfte auch wieder in München dabei ein. Und England sagt es auch. Dann muss es ja stimmen.

So, wie alles der reinen Wahrheit entspricht, was von Londons MI6 oder Selensky persönlich kommt. Betrachtet man deren Zahlen zu getöteten Soldaten existiert die russische Armee kaum noch und es wird binnen Tagen so weit sein, dass Russland vor Kiew kapitulieren wird. Also munter weiter so, mit der Unterstützung für Kiew! Wir retten Leben! Allerdings wird es schwierig, diese Propaganda mit den Meldungen in Einklang zu bringen, die der Westen selbst publiziert. Nehmen wir den Austausch von gefallenen Soldaten. Die letzten Berichte dazu lauten: Russland erhält etwa 30 Leichen zurück und Kiew 1000. Dieses krasse Missverhältnis kann noch etwas relativiert werden. Die russischen Soldaten lassen ihre gefallenen Kameraden nicht einfach im Dreck liegen. Auch ihre Verwundeten werden geborgen und versorgt. Das tun die Russen auch mit verwundeten Soldaten Kiews, die von ihren Kameraden zum Verrecken zurückgelassen werden. Beim Austausch von Gefangenen sieht das Zahlenverhältnis ähnlich aus.

Für Vermisste gibt es kein Geld

Selensky gibt die Anzahl der gefallenen Soldaten Kiews mit 55'000 an. Das ist schon eine schreckliche Zahl, aber sie ist unrealistisch. Warum lügt Selensky so offensichtlich? Die Antwort ist menschenverachtend. Das

Regime zahlt nur dann Entschädigung an die Hinterbliebenen, wenn der Tod der Soldaten von Kiew selbst bestätigt wird. Solange sie als vermisst gelten, wird nichts bezahlt. So werden von Kiew die Verwandten der Gefallenen um ihre Entschädigung betrogen. Wundert sich da noch jemand, dass neue Rekruten mit Gewalt eingefangen werden müssen? Wenn die nur marginal ausgebildeten Rekruten damit rechnen müssen, dass sie im Fall einer Verwundung einfach liegen gelassen werden und im Todesfall nichts an die Hinterbliebenen bezahlt wird? Ja, so hat man eine Armee, die hoch motiviert ist.

Doch zurück zur SIKO. Deutsche und britische Spitzenmilitärs rufen Europa auf, sich für einen möglichen russischen Angriff zu rüsten. Moskau richte sein Militär zunehmend nach Westen aus, warnen der Militär der Bundeswehr, Carsten Breuer, und Generalstabschef der britischen Streitkräfte, Richard Knighton und führen weiter aus: Russland würde derart aufrüsten, «dass das Risiko eines Konflikts mit NATO-Staaten steigen könnte». Aha! Wie war das mit der NATO-Osterweiterung? Mit der Aussicht, die Ukraine in die NATO aufzunehmen? Ach so, da musste Russland keinen Angriff der NATO befürchten? Aber das ist ja etwas ganz anderes! Wir sind die Guten und würden so etwas nie tun. Siehe Libyen, Irak, Iran, Syrien oder Afghanistan und und und.

Die Ukraine gewinnt diesen Krieg

Das sollen jedenfalls Meldungen der Westmedien suggerieren, die von ganz schnellen Territorialgewinnen der ukrainischen Armee berichten. 200 Quadratkilometer sollen es nur in der letzten Woche sein. Behaupten jedenfalls der CIA und der MI6 und das kann ja nur die reine Wahrheit sein. Wie Kiew das gemacht haben soll, mit all den Problemen mit Logistik und nur schlecht ausgestatteten Einheiten, bleibt ihr Geheimnis. Aber es weiss doch jeder, Russland ist kurz vor dem Zusammenbruch. Ja, man merkt das daran, dass Russland selbst nur noch wenige Abschüsse von Kiews Panzern meldet. Die richtige Erklärung ist eine andere. Kiew hat fast keine Panzer mehr. Die Bestände aus Sowjetzeiten sind aufgebraucht und die meisten Leos und Abrams wurden von der russischen Armee vernichtet.

Auch die so gefürchteten F16 aus US-Produktion tauchen in Frontnähe nicht auf. Die Ausbildung der ukrainischen Piloten kommt nicht voran, was keinen Fachmann verwundern sollte. Warum das so ist, erkläre ich hier:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/nato-kampffjets-fuer-die-ukraine-georgien-laesst-gruessen/>
Und so darf die Meldung niemanden irritieren, dass in den ukrainischen F16 auch oder vor allem Piloten aus den Niederlanden und den USA sitzen. Die sind angeblich pensioniert und als Privatleute dort. Aber erinnern wir uns an den Georgien-Krieg. Da sassen auch US-Piloten in den georgischen F16 und die wurden von den russischen Piloten abgeschossen, ohne einen eigenen Verlust. Die F16 für Kiew sind weniger für den Sieg gedacht, sondern vielmehr eine billige Methode, diese alten Modelle zu entsorgen, die ihr Ablaufdatum erreicht haben. Ein grosser Teil davon dient als Ersatzteillager für Kiew. Sie sind nutzlos, weil sie sich nicht in die Nähe der Front wagen. So, wie die USA Kiew angewiesen haben, die Abrams-Panzer nicht an die Front zu schicken, weil die von den Russen reihenweise vernichtet worden sind. Diese Tatsache würde den Ruf der US-Panzer ruinieren und natürlich auch den der F16.

Ein Paradoxon

Kiew steht also kurz davor, die russische Armee zu besiegen, sagen sie. Wie passt das zusammen mit der Prognose, Russland wolle die NATO angreifen, wenn sie schon von Kiew besiegt worden ist? Da sollte man sich schon entscheiden, ob Russland den Krieg verlieren wird oder fähig ist, die NATO anzugreifen. Sowieso ist Russland und seine Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch. Warum sollte dann im Westen aufgerüstet werden? Oder wird ein Angriff auf Russland von der NATO geplant?

Betrachtet man dazu das Sanktionsregime gegen Russland, hat der Westen Russland schon den Krieg erklärt. Vergessen wir nicht: Jedes Sanktionsregime hat das Ziel, die Wirtschaft eines Feindes zu zerstören und einen Wechsel der Regierung herzustellen. Erinnern wir uns: Japan wurde von den USA wirtschaftlich derart in die Enge getrieben, dass für Japan nur noch ein Krieg gegen die USA als einzige Möglichkeit blieb. Dem Iran widerfährt seit Jahren dasselbe, aber er hat nicht die Möglichkeit, die USA direkt anzugreifen. Das gilt letztlich für alle Staaten, denn die USA sind geschützt durch zwei Ozeane auf beiden Seiten. Realistisch betrachtet, würde für die USA ein bescheidener Küstenschutz ausreichen.

Russland will keinen Frieden ...

... sagt Kanzler Merz. Da treffen sich Russen und Ukrainer in Genf zu Friedensverhandlungen und was macht Merz? Er verbietet dem russischen Diplomaten-Flugzeug die Überflugrechte über der BRD. Die russischen Diplomaten mussten über das Mittelmeer fliegen und der Flug, der sonst etwa drei Stunden gebraucht hätte, benötigte acht Stunden nach Genf. Das ist direkte Sabotage der Friedensverhandlungen. Wer will also keinen Frieden? Normalerweise erhalten solche Missionen freies Geleit.

Und noch etwas zum Iran

Auch da wird mit Zahlen Propaganda betrieben. Es werden grosse Zahlen von Opfern der Regierung im Iran behauptet, jedoch gibt es keine auch nur annähernd zuverlässigen Quellen, die das belegen könnten. Krasser noch die Behauptung, in München hätten 250'000 Menschen auf der Theresienwiese (Oktoberfest) gegen die Regierung in Teheran demonstriert. Auf den Bildern sind aber höchstens 25'000 zu sehen, wenn überhaupt. Zwei Tage später kommt die Korrektur, dass es tatsächlich erheblich weniger waren. Müssen folglich die angeblichen Opferzahlen im Iran auch im Faktor zehn korrigiert werden? Oder noch mehr?

Das Imperium der Lügen behauptet, es wolle Frieden, beliefert aber Kiew mit Waffen. Die gesamten NATO-Staaten geben Geld und Waffen an Kiew. Gleichzeitig zeigen sie sich aber empört, wenn andere Staaten irgendeine Unterstützung Russlands tätigen könnten. Was nicht nachgewiesen werden muss, wie es im Westen gegenüber Russland üblich ist. Ja die Doppelmoral. Man bedenke, dieser Krieg hätte nicht begonnen werden können, ohne den Putsch auf dem Maidan und die massive Aufrüstung Kiews durch den friedliebenden Westen seit 2014. Nicht zu vergessen der Betrug von Merkel, Hollande und Poroschenko mit den Minsk-Abkommen und die NATO-Osterweiterung als solche. Der Westen hat den Ukraine-Krieg gewollt und hergestellt und jetzt tun sie alles, damit er nicht endet. Um das zu verschleiern muss man dann eben diese immer weiter ins Absurde abgleitende Propaganda konsequent auf die Spitze treiben. Wann wird das der letzte Depp begreifen?

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20261/die-propaganda-gegen-russland-gleitet-ab-ins-absurde/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-propaganda-gegen-russland-gleitet-ab-ins-absurde/>



Verstörende TV-Bilder vom letzten November: Achmad Al-Scharaa spielt Basketball mit Generälen aus den USA.

© X/@vvanwilgenburg

Syrien: Mit Hunger und Kälte gegen die Kurden

Die Regierung Trump mischt die Karten im Nahen Osten neu. Den Anfang macht Syrien.

Amalia van Gent

Auf einmal schien es die Regierung Donald Trumps mit dem Abzug der US-Truppen aus Syrien besonders eilig zu haben: Das US-Militär habe den Stützpunkt Al-Tanf bereits vollständig verlassen, erklärte Admiral Brad Cooper, der das Central Command der US-Truppen in Syrien leitet, am Donnerstag vor einer Woche. Der Stützpunkt werde fortan von den syrischen Streitkräften übernommen, bestätigte kurz darauf auch das syrische Verteidigungsministerium.

Die Karten im Nahen Osten neu gemischt

Al-Tanf liegt im Grenzdreieck zwischen Syrien, Jordanien und Irak an der strategisch wichtigen Strasse zwischen Bagdad und Damaskus. Der Stützpunkt wurde 2016 eingerichtet und diente den Vereinigten Staaten als Drehscheibe für Operationen der von den USA geführten Koalition gegen die damals noch gefürchteten Dschihadisten des Islamischen Staates (IS). Mit dem Abzug des US-Militärs aus Al-Tanf wird ein Kapitel in

der jahrzehntelangen Kampagne des Pentagons gegen die Terrormiliz des IS abgeschlossen. Der Abzug aller US-Soldaten aus Syrien und dem Irak steht bereits im Raum.

Beobachter der politischen Lage sind sich in einem Punkt einig: Die Regierung Trump hat die Karten im Nahen Osten neu gemischt – was kaum vorhersehbare politische Umwälzungen zur Folge hat. Den Anfang machte Syrien, als der syrische Interimspräsident letzten November Washington besuchte.

Die TV-Bilder, die damals die Weltöffentlichkeit erreichten, wirkten leicht absurd: Zu sehen war beispielsweise, wie der syrische Interimspräsident Achmad al-Scharaa im Herzen Amerikas bei einem Basketball-Spiel die amerikanischen Soldaten besiegte. US-Veteranen, die in Syrien oder im Irak gedient haben, dürften diese Szenen als verstörend empfunden haben. Sie kannten Achmed al-Scharaa schliesslich als führendes Mitglied der islamistischen Bewegung Al-Kaida und des Islamischen Staats (IS), gegen deren Extremisten die US-Soldaten blutige Kämpfe lieferten.

Ein starker, ein harter Kerl an der Macht

Donald Trump empfing den Gast aus Damaskus mit allen Ehren im Weissen Haus. Al-Scharaa sei «ein starker Kerl, ein harter Kerl», sagte der US-Präsident voller Bewunderung auch vor wenigen Tagen. «Ziemlich rauer Lebenslauf, aber man kann dort keinen Chorknaben einsetzen.» Das Signal war unmissverständlich: Washington war bereit, Al-Scharaa als einzige legitime Autorität in Syrien anzuerkennen.

Offensichtlich aus Dankbarkeit versprach Al-Scharaa seinem Gastgeber, die syrischen Truppen fortan gemeinsam mit denen der Internationalen Allianz im Kampf gegen die Dschihadisten einzusetzen. Doch auch dieses Versprechen wirkte bizarr. Ein Teil der neuen syrischen Armee hat seine Wurzeln in der dschihadistischen Bewegung. Berüchtigt sind etwa die 3500 Uiguren, die im Ruf stehen, besonders fanatisch zu sein. Sie sollen nun effektiv gegen ihre bisherigen IS-Freunde ankämpfen? Viele Fragen blieben nach diesem Besuch offen – was das Gefühl von Unverständnis verstärkte.

Ein sunnitischer Halbmond von Syrien bis Afghanistan

Der Direktor des Rudaw-Forschungszentrums im kurdischen Nordirak, Ziryar Rojhelati, will dennoch eine Strategie dahinter erkennen können. Eine neue regionale Sicherheitsarchitektur sei gerade im Entstehen, kommentiert Rojhelati. Um die vom Iran angeführte «schiitische Achse» zu schwächen, werde demnach bewusst ein «sunnitischer Halbmond» gefördert. In einem riesigen Gebiet, das sich von Afghanistan bis Syrien erstreckt, sollen dschihadistische und sunnitische Akteure unterstützt werden – wie in Syrien. Die Rolle der Türkei und Katars, beide ebenfalls von sunnitischen Regierungen geführt, als wichtige regionale Akteure wird gestärkt. Die militärische und strategische Vorherrschaft Israels soll so besser gewährleistet werden.

Klipp und klar: Ein Seitenwechsel

Nach Al-Scharaas-Besuch lud Tom Barrack, der US-Botschafter in Ankara und zugleich US-Sonderbeauftragter in Syrien, die Führung der syrischen Kurden zu sich und forderte sie auf, sich mit der «neuen Realität» abzufinden. Im neuen Syrien gebe es keinen Raum mehr für halbautonome Strukturen – wie in Rojava seit 2015; und es gebe auch keinen Raum für halbautonome Milizen wie die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), teilte er ihnen mit.

Zur Erinnerung: Die von syrischen Kurden dominierten SDF hatten seit 2015 auf Seiten der westlichen Alliierten und in erster Linie auf Seiten der USA den Kampf gegen die Dschihadisten des IS in Syrien angeführt – und schliesslich auch gewonnen. Im Laufe dieses Jahrzehnts konnten sie rund ein Drittel des syrischen Territoriums im Nordosten des Landes unter ihre Kontrolle bringen. Dieses Gebiet nannten sie Rojava und haben es selbst verwaltet.

Nun sollten sie all das vergessen und sich bedingungslos Damaskus unterwerfen. Wie Tom Barrack ausführte, betrachtet seine Regierung den Kampf gegen den IS als beendet und eine Allianz mit den Kurden daher als obsolet. Oder anders ausgedrückt: Er machte ihnen klar, dass die SDF bei möglichen Kriegshandlungen keinen Schutz von den USA erwarten könnten.

Ein Monat so dramatisch wie ein Horrorfilm

Bei einem trilateralen Treffen am 6. Januar in Paris gaben die Delegationen von Syrien, Israel und den USA grünes Licht für den Krieg gegen die SDF. Er begann zwei Tage später in den zwei hauptsächlich von Kurden bewohnten Vierteln Aleppos und setzte sich so lange fort, bis die syrischen Truppen bis an den Rand kurdischer Städte in den Nordosten des Landes vorgedrungen waren.

Bei jedem Vorstoss der syrischen Armee flohen Abertausende kurdische Zivilisten in Panik oder wurden mit Zwang vertrieben. Man schätzt ihre Zahl auf rund 170'000. Nun hausen sie in Schulen, in leeren Gebäuden oder bei Bekannten und verschärfen die ohnehin schwierige humanitäre Lage. Die Stadt Kobane mit ihren 300'000 Einwohnern direkt an der Grenze zur Türkei wird seit Wochen belagert. Die Menschen haben keine Elektrizität und keine Heizung, keine Medikamente und oft wenig Brot, weil der neue Machthaber in

Damaskus beschlossen hat – wie auch Putin in der Ukraine, wie auch Netanyahu in Gaza – Hunger und Kälte als Kriegswaffe gegen die Zivilisten einzusetzen.

Faktische Entmachtung der SDF

Innerhalb von zwei Wochen verloren die SDF rund 80 Prozent der Gebiete, die sie seit über zehn Jahren kontrolliert hatten. Eine neue Realität, wie sie der US-Sonderbeauftragte prophezeit hatte, war geschaffen worden. Die kurdischen Kämpfer verschanzten sich in den Provinzen Qamishli und Heseke am Grenzgebiet zur Türkei und dem Irak.

Am 25. Januar warnte der irakische Kurdenführer Massoud Barzani seine Gesprächspartner in Washington und in Paris eindringlich vor einer brandgefährlichen Zuspitzung des Konflikts. Die Verzweiflung der Bevölkerung, ihre Wut über den jüngsten offensichtlichen Verrat ihrer Alliierten und ihre Angst vor Racheaktionen der anrückenden Islamisten hätten eine Gefühlsmischung geschaffen, die den Konflikt in einen langen ethnischen Bürgerkrieg zwischen syrischen Arabern und Kurden verwandeln könne, sagte er.

Massoud Barzani gilt als der alte, respektierte Herr der kurdischen Nationalbewegung. Seine Stimme hat Gewicht. Erst dann schien auch der Westen den Ernst der Lage erkannt zu haben. Der französische Außenminister und Tom Barrack eilten nach Erbil, der Hauptstadt der Kurden im Irak. Wie US-Außenminister Marco Rubio am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, hat Donald Trump persönlich Al-Scharaa telefonisch zum sofortigen Einhalt der Kämpfe aufgefordert.

Auf diese Weise kam das Waffenstillstandsabkommen vom 29. Januar zustande.

Dies räumt den Kurden in ihrer verbliebenen Region Rojava eine Art Selbstverwaltung ein. Vier kurdische Brigaden dürfen für die Sicherheit der kurdischen Gebiete sorgen. Das Abkommen verspricht schliesslich den Vertriebenen eine sichere Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat und Gefangenenaustausch. Dieses Abkommen ist im Vergleich zu allen anderen, die im Januar geschlossen wurden, für die Kurden zweifellos die bessere Version.

Unerwartete Wendung

Laut dem SDF-Oberbefehlshaber Mazlum Abdi haben sich die USA verpflichtet, die Umsetzung des Abkommens zu unterstützen. Nun erwarte er, dass die USA einen Garantiemechanismus einrichten, um die Umsetzung des Abkommens sicherzustellen, erklärte Abdi am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz. Rojawas de-facto Außenministerin Ilham Ehmed forderte ihrerseits, dass die von Damaskus versprochenen Rechte verbindlich in der Verfassung verankert werden müssten. Im Moment existieren sie nur als ein Dekret, das jederzeit wieder zurückgenommen werden kann.

Mazlum Abdi und Ilham Ahmed wurden überraschenderweise zur Münchner Sicherheitskonferenz eingeladen. Dort trafen sie sich mit Spitzenpolitikern wie Marco Rubio, Emmanuel Macron, dem deutschen Außenminister Johann Wadephul sowie dem UN-Flüchtlingskommissar Barham Salih. Es war das allererste Mal, dass das kurdische Duo an einer internationalen Veranstaltung teilnehmen durfte. Es handelte sich um eine unerwartete Aufwertung der syrischen Kurden in der globalen Diplomatie.

Wie Marco Rubio ausführte, bestehen die USA nach wie vor auf dem Konzept eines starken Einheitsstaats ohne spezielle Rechte für seine Minderheiten. Die USA stünden vor der Wahl, «entweder das Land in achtzehn verschiedene Teile zerfallen zu lassen, mit einem langwierigen Bürgerkrieg, Instabilität, Massenmigration, einem Tummelplatz für Terroristen, einem ISIS, der überall sein Unwesen treibt, und dem Wiedereinstieg des Irans», sagte er. Oder «zu prüfen, ob es möglich ist, mit Präsident Al-Scharaa und seinem Team zusammenzuarbeiten». Sein Fazit: «Uns gefällt der Kurs. Wir müssen diesen Kurs beibehalten».

Die Einladung des kurdischen Duos zur Münchner Sicherheitskonferenz zeigt allerdings, dass die EU den Optimismus von Rubio nicht mehr ganz teilt. Zu Recht, wie der türkische Soziologe Cengiz Aktar im Gespräch urteilt. Die Türkei habe Damaskus ihr eigenes «starres, einheitliches, politisches Modell diktiert». Die Umsetzung eines solchen Modells ohne Gewalt sei in Syrien, diesem multikulturellen, multikonfessionellen und multiethnischen Gebilde, aber unmöglich. Laut Cengiz Aktar ist ein wie von den USA erhofftes, stabiles Syrien eine Illusion. «Wie soll ein Staat stabilisiert werden, wenn rund 40 Prozent seiner Bevölkerung in Angst und Schrecken lebt?». Aus seiner Sicht eine rhetorische Frage.

Nur eine rasche Umsetzung des letzten Abkommens kann zeigen, ob die Verfechter von Damaskus oder eher seine Kritiker Recht behalten werden.

Vom Staat abhängige «Wissenschaftler» sind keine – prinzipiell nicht

Fassadenkratzer, Februar 20, 2026

Die Corona-Plandemie hat es für jeden offenbar gemacht. Staatliche «wissenschaftliche» Institute wie das Robert-Koch-Institut (RKI) und das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) z.B. sind dem Bundes-Gesundheitsmini-

sterium untergeordnet und mussten als gesicherte Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung verkünden, die in Wirklichkeit Lügen waren, heimtückisch ins Gewand der Wissenschafts-Autorität gekleidet. Sie sollten den totalitären Lockdown-Massnahmen des Staates den Anschein der Berechtigung und Notwendigkeit geben, also verbrecherischen politischen Machtzielen dienen. – Dies ist kein personales Problem, das mit einem Personalwechsel gelöst werden könnte, sondern ein prinzipielles, grundsätzliches.



In Eintracht: Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht mit Gesundheitsminister Jens Spahn das Robert-Koch-Institut, hier abgebildet mit dem Präsidenten des RKI, Lothar H. Wieler am 13.07.2021 (phoenix.de)

Die staatlichen Institute

Sind Wissenschaftler in einer staatlichen Institution angestellt, befinden sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis, in dem sie von ihren Vorgesetzten direkt oder indirekt zur Veröffentlichung gewünschter Ergebnisse angehalten werden können, die sich nicht aus objektiver wissenschaftlicher Forschung ergeben. Sie könnten sich zwar auf das Grundrecht der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes berufen, das hier vom Staat fundamental ausgeschaltet wird, doch dazu gehört Mut und die Bereitschaft, dauerhafte persönliche Benachteiligungen bis zum Verlust des gut dotierten Jobs in Kauf zu nehmen. Dazu sind nur wenige willens und imstande. In der Regel lässt man sich als Wissenschaftler eben korrumpieren; denn fliegt man raus, treten doch andere an die Stelle, die sich anpassen.

Staatlich abhängige Wissenschaftler sind grundsätzlich nicht frei in ihrer wissenschaftlichen Forschung, die aber allein der Wahrheit verpflichtet ist und dazu prinzipiell der Freiheit bedarf. Das heisst, ein abhängiger Wissenschaftler ist kein Wissenschaftler mehr. Er ist nicht mehr ausschliesslich der Wahrheit verpflichtet, sondern seinem Dienstherrn, dem Staat. Daher kann seinen Ergebnissen grundsätzlich überhaupt nicht vertraut werden, denn man weiss nicht, ob sie wahr sind oder auf Druck des Dienstherrn für politische Interessen verfälscht oder ganz erlogen sind.

Das bedeutet: RKI und PEI sind von vornherein überhaupt nicht vertrauens- und glaubwürdig, wenn sie irgendetwas im Namen der Wissenschaft verkünden. Das muss mit den Ereignissen in der staatlich inszenierten Corona-Plandemie jedem offenbar geworden sein. Ohne die Lügen der angeblichen «Wissenschaftler» dieser staatlichen Institute, ohne dass sie sich zu korrupten Komplizen der Politik hätten machen lassen, wären die totalitären Massnahmen mit zusätzlichen Krankheiten, Existenzverlust und Tod vieler Menschen, es wäre auch die gläubige Folgsamkeit des grössten Teils der Bevölkerung nicht möglich gewesen.¹

Wer diesen Institutionen immer noch vertraut, unterstützt weiter das System der staatlichen Prostituirung der Wissenschaft.

Das Problem kann durch eine Besetzung mit integren Menschen nicht gelöst werden, da das System immer wieder den Missbrauch möglich macht. Daraus ergibt sich zwingend, dass die Wissenschaft prinzipiell nicht in die Hände des Staates gehören kann.

Die staatlichen Hochschulen

Auch die Forschenden und Lehrenden an den staatlichen Hochschulen stehen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis. Es können ihnen zwar von den Kultusministerien keine Weisungen erteilt werden, aber sie sind in Bezug auf ihr Einkommen und die finanzielle Ausstattung der Hochschule vom Staat abhängig.

Und der Staat ist nicht neutral, er wird in Legislative und Exekutive jeweils von bestimmten Parteien beherrscht, die auch ihre Auffassungen von Wissenschaft und die Favorisierung bestimmter Wissenschaften und Forschungsrichtungen zur Geltung bringen. Diese Politik findet über die Kultusministerien in der finanziellen Ausstattung und indirekt auch in der personellen Besetzung der Hochschulen ihren Niederschlag, letzteres umso stärker, je mehr stramme Parteigenossen bereits Mitglieder des Lehrkörpers sind und über Bewerbungen mitentscheiden.

So ist z.B. bekannt, dass an den Hochschulen spezielle staatliche Forschungsmittel für Klima-Forschungen nur solche Professoren erhalten, welche die These des menschengemachten gefährlichen Klimawandels vertreten.² Hier spielt auch das politische UN-Gremium des Weltklimarates eine starke Rolle, der aber gerade bei bestimmten politischen Parteien willkommenes Gehör findet, die entsprechend auf die staatlichen Hochschulen einwirken.

Auch kann der Staat einfach neue Studiengänge wie die «Gender-Studies» etablieren, wogegen sich die Hochschule auch mit wissenschaftlichen Bedenken kaum wehren kann.

Die Fakultäten sind vielfach finanziell so knapp ausgestattet, dass sie auch auf sogenannte «Drittmittel» für Forschungsaufträge aus der Wirtschaft angewiesen sind und dadurch praktisch zu Dienstleistern wirtschaftlicher Unternehmer werden. Hier entsteht aber leicht die Korruption von der anderen Seite, da die Gelder der Unternehmen natürlich in der Regel mit bestimmten Erwartungen für das Ergebnis verbunden sind.³

Auch nimmt die EU durch das «Jean Monnet-Hochschulprogramm» Einfluss auf die Wissenschaft der Universitäten, was vom politischen Dienstherren willkommen geheißen wird, insbesondere durch die Einrichtung von Jean-Monnet-Lehrstühlen, die sich speziell der europäischen Integration widmen.⁴

Einen ausserordentlich tiefgreifenden Einfluss auf die Studiengänge und Abschlüsse an den Hochschulen, und damit auch auf die Wissenschaften selbst, hat die am 19. Juni 1999 verkündete «Bologna-Erklärung» von 29 nicht nur der EU angehörenden europäischen Bildungsministern. Es wurde ein einheitlicher europäischer Hochschulraum geschaffen, in dem die Studiengänge und -abschlüsse «harmonisiert», d.h. durch ein zweistufiges System berufsqualifizierender Abschlüsse (Bachelor/Master) vereinheitlicht worden sind. Dazu wurden die Studiengänge in einzelne Lern-Module aufgegliedert. Alles über die Köpfe der «freien» Wissenschaftler hinweg.

Dabei deutet die Formulierung in der Bologna-Erklärung an, worum es inhaltlich geht: «die arbeitsmarkt-relevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern». Daraus spricht der ökonomistische Geist der neoliberalen, eng mit der OECD zusammenwirkenden EU, der es grundsätzlich um die Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung auf die Interessen und Ziele der profitorientierten kapitalistischen Wirtschaft geht, nicht um unabhängige Wissenschaft und nicht um Bildung.⁵

Wer als junger Wissenschaftler an einer staatlichen Hochschule Karriere machen will, muss sich nach dem herrschenden politischen Wind richten. Er wird nur zu einer Promotion kommen, wenn er ein Thema vermeidet, das politisch nicht erwünscht ist. Ebenso wird er es schwer haben, Professor zu werden und wissenschaftlichen Einfluss zu gewinnen, wenn er allzu kritische Themen gegenüber den politisch geförderten Wissenschaftsrichtungen übt oder gar das herrschende politische System kritisiert.⁶

So war es in der staatlich inszenierten Corona-«Pandemie» auffällig, dass Kritiker aus der Wissenschaft ignoriert oder gar diffamiert und verfolgt wurden, und vor allem handelte es sich zumeist um Professoren im Ruhestand, die ihre Karriere hinter sich hatten. Nur wenige waren noch aktiv an einer Hochschule tätig, deren persönlicher Mut umso höher zu bewerten ist.

Das Fazit ist, dass auch an den staatlichen Hochschulen die Wissenschaft nicht frei, sondern in hohem Masse vom politischen Staat und über ihn auch von der Wirtschaft abhängig ist. Dadurch wird sie in ihrem Wesen kastriert, entkernt, korrumpiert, zur gefälligen Dienstleistung für Andere prostituiert. Sie ist keine Wissenschaft mehr – die allein dem Geiste der Wahrheit verpflichtet ist – sie täuscht Wissenschaft nur vor, hüllt sich, wie jede Lüge, in das Kleid der Wahrheit, um sie selbst heimtückisch auszuschalten, ihre Realisierung zu verhindern und das gesellschaftliche Leben zur Entwicklung des freien Menschen zu zerstören. Totalitäre Regime haben immer zuerst die Wissenschaft in ihren Dienst gezwungen.

Es gibt keine andere Lösung, als die Wissenschaft in einer eigenen Organisation von Staat und Wirtschaft unabhängig zu machen.

Die «Krone des Geistes» steht über dem Staat

Solche Erkenntnisse von der Lage der Wissenschaft in der Wirklichkeit und die daraus zu ziehenden Folgerungen treten einem heute selten vor die Augen, in den Mainstream-Medien schon gar nicht, sind diese doch die korrupten Propaganda-Lautsprecher der den Staat beherrschenden politischen Kräfte.

Ein seltener Lichtblick erschien vor kurzem von dem Germanisten und Journalisten Dr. Thomas Hartung auf der alternativen Webseite ansage.org.⁷

Er sieht die Wissenschaft als die «Krone des Geistes» an und fordert gleich zu Beginn, dass wir eine andere Vorstellung von ihr bräuchten – eine «neue Gelehrtenrepublik», die nicht im Dienst des Staates steht, sondern über ihm, also organisatorisch unabhängig von ihm und geistig eine Hierarchie höher, «in der der Geist vor dem Geld, das Recht vor der Macht, das Argument vor der Mehrheit steht». Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus?

«Die deutsche Professorenkaste – jene akademische Klasse, die sich seit Weimar, erst recht seit 1968, als Gewissen der Nation inszeniert – lebt fast vollständig aus öffentlichen Kassen. Der Grossteil der Hochschullehrer ist verbeamtet, die Forschungsförderung wird von Ministerien verteilt, Karrieren werden in Gremien entschieden,

die politisch durchdrungen sind. Wer so abhängig ist, verwechselt leicht Wahrheitssuche mit Rahmentarifvertrag: Man sagt, was im System sagbar ist, und hält die Anpassung für Moral.»

«Eine echte «Krone des Geistes» sähe anders aus. Ihre Eliten wären nicht jene, die am besten im Drittmittelantrag die jeweils aktuelle Regierungssparole paraphrasieren, sondern jene, die sich leisten können, gegen alle Regierungen im Namen einer höheren Ordnung zu sprechen: Wahrheit, Recht, Mass, Tradition. Ihre materielle Basis wären Stiftungen, private Hochschulen, unabhängige Verlage, Mäzene – nicht Beamtenstellen und Projektmittel. Erst wer nicht vom Staat lebt, kann ihn wirklich kritisieren. Damit sind wir bei der alten Idee der Gelehrtenrepublik. Sie meint nicht eine Herrschaft der Professoren, sondern eine dünne Schicht von Menschen, deren Hauptberuf nicht die Verwaltung der Gegenwart ist, sondern der Streit um Wahrheit: Philosophen, Historiker, Theologen, Juristen, Naturwissenschaftler, die nicht als Staatserklärer, sondern als Staatskritiker arbeiten.»

Sie entstünden dort, wo man sie nicht funktionalisiert – weder für den Kapitalismus noch für die «wehrhafte Demokratie». Ein Intellektueller, der seine Daseinsberechtigung daraus beziehe, dass jeweils aktuelle Regierungsnarrativ pädagogisch in Schulen und Talkshows zu tragen, sei kein Gelehrter, kein Wissenschaftler, sondern ein Verkünder.

Die Geschichte sei voll von hochgebildeten Verbrechern, aber sie sei ebenso voll von hochgebildeten Widerständlern, die gerade wegen ihrer Bildung hätten Nein sagen können: gegen totalitäre Ideologien, gegen staatliche Willkür. Totalitarismen bräuchten nicht «zu viel Geist», sondern die Korruption des Geistes: die Gleichschaltung von Karriere, Einkommen und Bekenntnis. Wo diese Verbindung gelöst werde, wo jemand seine materielle Existenz nicht an die Gnade einer Behörde gebunden habe, werde Widerstand überhaupt erst denkbar.

Wer das ernst nehme, müsse die Frage nach den «Eliten, die nicht vom Staat abhängig sind», radikal stellen: Wo entstehen heute geistige Autoritäten, die sich dem nächsten Extremismus – ob links, rechts, religiös oder technokratisch – entgegenstellen könnten? Sicher nicht in den Demokratiebildungsprogrammen, sicher nicht in «Leitbildern gegen Hass und Hetze», mit denen Ministerien ihren moralischen Ablasshandel betreiben würden, sondern vielleicht eher dort, wo sich – jenseits der Professorenkarriere – Menschen zusammentun, um eigene Schulen, Verlage, Forschungsinstitute zu gründen.

Die heutige (staatliche) Bildung bestehe darin, junge Menschen zu folgsamen, unkritischen Staatsbürgern zu erziehen. Sie produziere Dienstboten, keine Bürger.

«Der Gegenentwurf ist die alte, heute beinahe subversive Idee der höheren Bildung: eine Erziehung zur Wahrheit, zur Urteilskraft, zur inneren Freiheit – jenseits des Tagesbefehls», eine Bildungsaristokratie: eine «Krone des Geistes», die sich weder vom Staat noch vom Markt kaufen lässt.»

Freies Geistesleben

Was also Dr. Thomas Hartung vorschwebt, ist ein eigenständiges, von Staat und Wirtschaft unabhängiges freies Geistesleben. In ihm erhebt sich der Mensch zur Wahrheit, Weisheit und dem tieferen Sinn des Lebens, die nicht im Irdischen, sondern nur im Geiste zu finden sind. Hier findet der Mensch auch zu sich selbst, zu seinem eigenen geistigen Wesen. Staat und Wirtschaft haben demgegenüber nur eine dienende Funktion. Ja, ihre Funktionen werden erst im geistigen Leben der Wissenschaften gefunden und dann irdisch ausgestaltet. Insofern steht das Geistesleben in seinem inneren Rang über dem Staat und der Wirtschaft. Es muss daher vollkommen frei und unabhängig sein, um der Quell sein zu können, aus dem das Rechts- und das Wirtschaftsleben ständig ernährt und immer wieder erneuert werden.

Ist das Geistesleben von Staat oder Wirtschaft okkupiert, wird es zu deren kurzfristigen Interessen verbogen und missbraucht. Es dient nur der Reproduktion des Bestehenden, und eine wirkliche Entwicklung im Dienste des sich entwickelnden Menschen findet nicht mehr statt.⁸ Im Gegenteil, die ganze Zivilisation befindet sich in einem Zerstörungsprozess, wie wir ihn intensiv erleben.

Er wird sich fortsetzen, wenn nicht endlich genug Einsichtige ein freies Geistesleben fordern und herbeiführen.

1 <https://fassadenkratzer.de/2024/07/31/das-offengelegte-staatsverbrechen-prof-homburg-zu-den-geleakten-rki-protokollen/>

<https://fassadenkratzer.de/2024/11/29/systematische-unterdrueckung-der-impfschaden-durch-lauterbach-co-erwiesen/#more-15895>

2 <https://fassadenkratzer.de/2023/09/05/scheinbeweise-einer-co2-klimaerwarming-und-totale-korruption-der-wissenschaft/>

3 <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/205534/zwischen-freigeist-und-dienstleistung/>

4 <https://fassadenkratzer.de/2014/02/14/540/>

5 <https://fassadenkratzer.de/2014/01/17/wie-die-eu-mit-dem-bologna-prozess-die-hochschulen-okkupiert/>

6 <https://fassadenkratzer.de/2025/06/17/wie-frei-sind-unsere-universitaeten/>

7 <https://ansage.org/die-krone-des-geistes/>

8 Vgl. <https://fassadenkratzer.de/2015/08/25/der-mensch-als-mass-der-gesellschaft/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2026/02/20/vom-staat-abhaengige-wissenschaftler-sind-keine-prinzipiell-nicht/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/vom-staat-abhaengige-wissenschaftler-sind-keine-prinzipiell-nicht/>

Ist ihre Boshaftigkeit in ihren Genen verankert? Die 130-jährige Bilanz der deutschen Eliten: zwei Weltkriege, sechs Völkermorde, darunter die heutige Mitschuld in Palästina

Die lange Spur deutscher Staatsverbrechen – von Namibia und China über die Ukraine bis Palästina

Felix Abt, Februar 19, 2026

Der Champion der Heuchelei: Deutschlands 130-jähriges Erbe an Völkermord und Krieg

In einem Gespräch zwischen dem Comedian und Podcaster Dave Smith und dem investigativen Journalisten Max Blumenthal – beide jüdische Amerikaner – argumentiert Blumenthal: *«Deutschland unter Druck zu setzen, alle Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, könnte den Völkermord tatsächlich beenden und Leben retten.»*

Die Geschichte spricht eine andere Sprache. Deutsche Eliten haben in 130 Jahren zwei Weltkriege und sechs Völkermorde angezettelt; ihre Bilanz gehört zu den kriminellsten der Menschheitsgeschichte. Deutschlands Erbe und sein aktuelles Verhalten bleiben einzigartig – als wäre das Böse genetisch verankert. Von deutschem Boden gingen zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts aus, die zig Millionen Tote forderten – darunter 15 Millionen ermordete russische Zivilisten –, neben dem Holocaust in Europa, dem Völkermord an Herero und Nama in Afrika, den Massakern von 1900 in China sowie dem Massenmord an Millionen weiteren Chinesen durch die Achsenmächte, die in Berlin mit dem Dreimächtepakt geschmiedet wurden.

Die Exportnation des Todes: Chemiewaffen, Proxy-Kriege und Deutschlands dunkle Seite

Darüber hinaus rüstete Deutschland Saddam Husseins Irak mit den Mitteln aus, um Iraner während seines westlich unterstützten Angriffskriegs gegen den Iran zu vergasen.

Deutschland unterstützte auch massiv ein Regime in der Ukraine, das 2014 durch einen Putsch gegen eine demokratisch legitimierte Regierung an die Macht gelangte. Es erhob den russophoben Nazi-Kollaborateur und Massenmörder Stepan Bandera zum Nationalhelden, machte seine Ideologie zur offiziellen Staatsdoktrin, benannte Strassen, Plätze und Stadien nach ihm – und verbot gleichzeitig russischsprachige Bücher, die Russisch-Orthodoxe Kirche, russischsprachige Parteien sowie die russische Sprache selbst, die Muttersprache von Millionen Ukrainern ist. Damit legten die heutigen deutschen Eliten offen, wie eng sie erneut mit der Ideologie der 1930er-Jahre verbunden sind.

Die grosse Umkehrung:

Geschichte umschreiben und die Gegenwart auf den nächsten grossen Krieg vorbereiten

Heute leugnet Deutschland nicht nur den sichtbaren Völkermord in Palästina, sondern befeuert ihn aktiv als einer der wichtigsten Waffenlieferanten Israels.

Gleichzeitig mobilisieren deutsche Führer Militär, Wirtschaft und Bevölkerung wieder für einen Krieg gegen Russland. Sie beleben die Theorie wieder, der Einmarsch in die Sowjetunion 1941 sei ein «Präventivschlag» gewesen – obwohl Hitlers *«Mein Kampf»* (1925, S. 137 und 750) seine Absicht zur Eroberung und Vernichtung explizit dokumentiert.

Eine geradezu perverse, systematische Schuldumkehr ist im Gange: Deutsche werden zu Opfern stilisiert, Russen und Sowjets zu Tätern gemacht. Die Fakten sprechen für sich selbst:

- Im Ostfeldzug wurden etwa 15 Millionen russische Zivilisten getötet – weit mehr als die 6 Millionen Holocaust-Opfer –, doch das findet kaum Beachtung.
- Befehle wie der Barbarossa-Erlass und der Kommissarbefehl befahlen der Wehrmacht systematische Zivilhinrichtungen, nicht nur der SS.
- Schlüsselfiguren wie Generalstabschef Franz Halder blieben nach dem Krieg straffrei; stattdessen heuerte sie die USA an, um die offizielle Geschichte des Ostfeldzugs zu schreiben.
- In den Nürnberger Prozessen wurden nur wenige «Quoten-Nazis» hingerichtet. Viele Urteile aus dem Einsatzgruppen-Prozess wurden später umgewandelt.

Die am meisten unterschlagenen Verbrechen: Deutschlands «erste» Völkermorde

Betrachten wir die am stärksten verdrängten deutschen Völkermorde, die Eliten lieber ignorieren:

Von Zyklon B bis Sarin: Deutschlands industrielle Rolle bei zwei Jahrhunderten des Vergasens – von den Nazis über den Iran-Irak-Krieg bis zu Merz «Drecksarbeit»-Verteidigung

Während des Iran-Irak-Kriegs 1980–1988 setzte Saddam Husseins Regime Chemiewaffen wahllos gegen iranische Soldaten und Zivilisten ein. Mehr als 80 deutsche Unternehmen lieferten die entscheidenden Vorprodukte, Ausrüstung und technisches Know-how, das Irak ermöglichte, Senfgas und Nervengase wie Sarin herzustellen. Diese Angriffe kosteten Zehntausende Iraner das Leben und verursachten bei Zehntausenden weiteren bleibende Schäden an Atmung, Nervensystem und Sehvermögen.

Zivilisten in Grenzregionen litten entsetzlich, als Giftgaswolken in Dörfer, Felder und Städte zogen und ganze Familien, Bauern und ungeschützte medizinische Teams trafen. Innerhalb des Iraks dienten Chemiewaffen der Terrorisierung und Entvölkerung kurdischer Gebiete – am berüchtigtsten beim Massaker von Halabja im März 1988, wo etwa 5000 Zivilisten, vorwiegend Frauen, Kinder und Alte, an einem einzigen Tag starben und Tausende weitere zu lebenslangem Leid verdammt wurden.

Das gewaltige Ausmass dieser Verbrechen unterstreicht die tiefe menschliche Katastrophe durch Deutschlands industrielle Mittäterschaft an einer der schlimmsten Chemiewaffen-Kampagnen des späten 20. Jahrhunderts. Einmal mehr stand Deutschland an vorderster Front industriell organisierter Massenmorde.

Das letzte Mal, dass Deutschland direkt am Vergasen von Menschen beteiligt war, liegt kaum acht Jahrzehnte zurück: Unter dem NS-Regime vergasten Deutsche Juden, Roma (oft «Zigeuner» genannt), Homosexuelle, politische Gegner wie Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschafter sowie andere als «Untermenschen» eingestufte Gruppen wie Zeugen Jehovas, Schwarze, Slawen, sowjetische Kriegsgefangene und Obdachlose. Bundeskanzler Friedrich Merz setzt diese düstere Tradition der Gewalt fort. Er verteidigte vehement Israels 12-tägigen Krieg gegen den Iran im Juni 2025 – einen unprovokierten Angriff, der Hunderte iranische Militärangehörige tötete, Atomwissenschaftler mitsamt ihren Familien ermordete und gezielt zivile Gebiete sowie friedliche Atomanlagen traf.

Solche Brutalität als notwendig oder gerechtfertigt darzustellen, ist schlicht obszön. Merz Charakterisierung von Israels illegalem Angriffskrieg als «Drecksarbeit im Auftrag der Welt» erinnert unheimlich an den gefährlichen Militarismus, der Deutschlands dunkelstes Kapitel prägte.

Das vergessene Massaker: Deutschlands erster Völkermord in China

1900 brach im Norden Chinas der Boxeraufstand aus – eine verzweifelte Rebellion gegen fremde Ausbeutung. Deutschland schloss sich der Acht-Nationen-Allianz spät an, schlug aber am brutalsten zu. Kaiser Wilhelm II.s berüchtigte «Hunnenrede» forderte die Truppen auf, keine Gefangenen zu machen und den deutschen Namen gefürchtet zu machen.

Unter Feldmarschall von Waldersee verwüsteten deutsche Expeditionen die Provinz Zhili, brannten Dörfer nieder und richteten erwachsene Männer massenhaft hin (besonders beim Massaker von Liangxiang). Zeitgenössische Berichte beschreiben deutsche Truppen als aussergewöhnlich grausam.

Historiker erkennen diese Operationen – Massenhinrichtungen, Dorfauslöschungen und Terror gegen Zivilisten – heute als Deutschlands ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an, der die Blaupause für den Völkermord an Herero und Nama sowie den Holocaust lieferte.

Der zweite Völkermord: Die Ausrottung von Herero und Nama

Zwischen 1904 und 1908 rotteten deutsche Truppen unter General von Trotha in dem heutigen Namibia die Völker der Herero und Nama systematisch aus. Nach der Schlacht am Waterberg trieb man Überlebende in die wasserlose Omaheke-Wüste, Quellen wurden versiegelt.

Von Trothas «Vernichtungsbefehl» zielte auf Männer, Frauen und Kinder gleichermassen. Überlebende litten in brutalen Konzentrationslagern wie Shark Island unter Zwangsarbeit, Verhungern, Hinrichtungen und sexueller Gewalt. Bis 1908 waren 70–80% der Herero und 50% der Nama tot. Dieser Feldzug erfand Konzentrationslager und rassistisch begründeten Massenmord, die später im Holocaust zentral wurden.

Selektive Abbitte und die Renaissance des selbstgerechten moralischen Zeigefingers

Deutschland unterdrückte und verschleierte die Geschichte des Völkermords an den Herero und Nama über mehr als ein Jahrhundert hinweg und gewährte erst 2021 eine formelle Anerkennung – während es direkte Reparationen verweigerte und stattdessen lediglich «Entwicklungshilfe» für die Nachkommen anbot. Diese selektive Busse entlarvt anhaltende Heuchelei: Deutschland sühnt nur, wenn es passt, während es moderne Regime unterstützt, die genau die Verbrechen begehen, die es einst erfand.

Dennoch tingeln deutsche Politiker weltweit herum, wedeln mit dem moralischen Zeigefinger wie niemand sonst und dozieren über «höhere Werte» – während sie den nächsten Krieg gegen Russland vorbereiten in unverantwortlicher Weise einen Dritten Weltkrieg riskieren und sich erneut als Komplizen bei einem Völkermord im Nahen Osten erweisen.

Die heutigen deutschen Eliten samt ihren parteilichen Medien, die Objektivität und Fairness längst gegen Einseitigkeit eingetauscht haben, sind die unangefochtenen Weltmeister der Heuchelei – ebenso verlogen und gefährlich wie ihre Vorgänger im 20. Jahrhundert. Seid gewarnt!

Felix Abt ist ein in Asien ansässiger Unternehmer, Autor (felixabt.substack.com) und Reiseblogger (youtube.com/@lixplore).

Quelle: <https://uncutnews.ch/ist-ihre-boshaftigkeit-in-ihren-genen-verankert-die-130-jaehrige-bilanz-der-deutschen-eliten-zwei-weltkriege-sechs-voelkermorde-darunter-die-heutige-mitschuld-in-palaestina/>

Kölner Urteil

Claudia56 / 27.2.2026, 10:58

Das Urteil bestätigt das was ich schon die ganze Zeit gedacht habe. Auch wenn einzelne Personen sich nicht immer ganz korrekt ausdrücken und damit unter den Verdacht «Rechtsextrem» fallen, so kann man doch niemals die gesamte Partei dafür verantwortlich machen und sie ganz und gar als «Rechtsextrem» hinstellen. Auch die Altparteien haben in ihren Reihen Vertreter, die auch aus der Rolle fallen da käme jetzt niemand auf die Idee, diese gleich als «Extrem» zu bezeichnen.

Ganz zu schweigen von früher, heute würde ein Franz Josef Strauss als «gesichert Rechtsextrem» gelten. Aber auch Helmut Kohl und viele andere würden in das Schema passen, dass man heute den Menschen auferlegt. Die AfD ist doch eigentlich nur die CDU/CSU von früher. Da die Merkel die CDU/CSU nach links verschoben hat, ist dieser Platz frei geworden.

Wie kann sich denn ein elitärer Haufen einbilden, dass SIE und nur SIE die Bestimmung darüber haben dürfen, wie man in Deutschland leben darf, was man sagen darf, wie man sich Verhalten muss usw.

WIR sind immer noch ein freies Land, eine Demokratie, in der alles vom Volke aus gehen soll. Wer das nicht will, der ist der Antidemokrat.

Gestern Abend (26.2.2026) beim Markus Lanz, da hat mal Harald Martenstein Tacheles geredet. Genauso ist es. Wenn man eine demokratisch gewählte Partei verbieten will, weil man denkt, dass sie die Demokratie abschaffen will (was ja völliger Humbug ist) dann schaffen die, die das möchten die Demokratie doch selbst ab.

Überall auf der Welt (bis auf wenige Ausnahmen z.B. Nordkorea) gibt es das breite Spektrum von links bis rechts, das ist völlig normal und wer weiterhin in einer Demokratie leben möchte, der darf dieses breite Spektrum nicht einfach verengen, in dem er nur ausschliesslich noch linke Vorstellungen in der Politik sehen möchte.

Genau diese Verengung des Meinungs- und Handlungskorridor ist doch die Gefahr für uns Bürger und unsere Demokratie und dagegen müssen wir aufstehen und nicht gegen Rechts.

Gäste bei Markus Lanz am 26.2.2026:

- Paul Ziemiak (CDU), • Melanie Amann (Journalistin), • Carlo Masala (Militärexperte), • Harald Martenstein (Schriftsteller): Der «Bild»-Kolumnist nahm Stellung zu seinem öffentlichen Plädoyer gegen ein AfD-Verbot. Seine Rede hatte bundesweit für Diskussionen gesorgt, die er in der Sendung einordnete.

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56>

Wahre Unterstützung für die Iraner bedeutet Nein zum Krieg Eine Botschaft an meine amerikanischen Mitbürger

Ali Tarokh

Ich verbrachte fast zwei Jahre im Gefängnis wegen meines politischen Aktivismus im Iran. Ich floh in die Türkei und kam als Flüchtling nach Chicago. Dort begann ich, mir ein neues Leben aufzubauen. Ich war jung und riskierte alles für die Freiheit. Ich weiss auch, was Krieg in Ländern wie meinem anrichtet, da ich mitten im Iran-Irak-Krieg geboren wurde; der Krieg zerstörte die iranische Zivilgesellschaft, die die Demokratie erst ermöglicht.

Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran eskalieren erneut, und ich erlebe, wie eine Gruppe der iranischen Diaspora, hauptsächlich Monarchisten, die in westlichen Demokratien ein komfortables Leben führen, für einen Regimewechsel lobbyiert und zu einer Intervention der USA und Israels im Iran aufruft. Sie behaupten zwar, alle Iraner zu vertreten, aber sie vertreten weder mich noch die gesamte iranische Diaspora und die Millionen von Iranern, die noch immer unter dem islamischen Regime leben und für Veränderungen und Reformen kämpfen.

Offen gesagt, als iranischer Dissident, der für seine politischen Aktivitäten den Preis für eine dauerhafte Demokratie im Iran bezahlt hat, glaube ich, dass eine Antikriegshaltung die beste Unterstützung für die Iraner und den Aufbau einer Demokratie ist, da Kriege noch nie in irgendeinem Land eine Demokratie hervorgebracht haben. Ein Krieg mit dem Iran würde die fragilen Netzwerke von Aktivisten und die naive Zivilgesellschaft, die für Veränderungen kämpfen kann, zerstören.

Es ist wichtig zu verstehen, warum manche Stimmen der Diaspora innerhalb von Demokratien einen Regimewechsel fordern. Ich erkläre dies mit dem Konzept des «Exit-Kapitals». Wenn ein Regime stürzt, stehen die Menschen vor der Wahl: Entweder zu protestieren und Reformen zu fordern (Stimme) oder das Land bzw. das politische Feld zu verlassen (Exit).

Die Tragödie der iranischen Gesellschaft besteht darin, dass die kriegstreiberische Diaspora aus jener Klasse stammt, die über exklusives «Exit-Kapital» verfügt. Ihr sozioökonomischer Status, mitunter ihre doppelte

Staatsbürgerschaft und ihre internationalen Verbindungen ermöglichen es ihnen, das Land zu verlassen, sobald der Kampf für Veränderungen schwierig wird.

Sie riskieren nicht ihr Leben für schrittweise Veränderungen. Sie verlassen das Land einfach, sobald die Spannungen mit dem Regime zunehmen. Diese Möglichkeit schützt sie vollständig vor den Konsequenzen der feindseligen Politik, die sie fordern. Während sie für «maximalen Druck» und Militärschläge lobbyieren, wissen sie, dass ihre Familien in Demokratien sicher sind, sollte der Konflikt eskalieren. Sie werden sich in Teheran nicht in die Schlangen für Lebensmittel einreihen oder nach Schutzräumen suchen.

Ihr Leben ist amphibisch und «transnational» oder ein Doppelleben. In ihrem Online- und Offline-Leben in Demokratien wenden sie radikalste Rhetorik an und rufen zu Angriffen auf den Iran auf. Dennoch behalten sie gewissenhaft ihre iranischen Pässe und pendeln regelmässig, um die Reisebeschränkungen in ihr Heimatland zu nutzen. Sie beantragen sogar iranische Pässe für ihre im Ausland geborenen Kinder. Sie sind online Revolutionäre und befürworten den Status quo mit dem Regime.

Es ist offensichtlich, dass das iranische Regime «globalisierte» Bürger zu seinem Vorteil nutzt. Indem es ihnen die Ausreise ermöglicht, entzieht das Regime dem Iran Menschen, die über die Ressourcen und das soziale Kapital verfügen, um effektive Bewegungen zu organisieren. Die Strassen Irans sind von einflussreichen Kritikern gesäubert.

In einer stillschweigenden Zusammenarbeit mit dem Regime dient die Diaspora als wirkungsvolles Propagandainstrument. Die Regime-Medien zeigen stets Aufnahmen von Treffen der Diaspora mit westlichen Hardlinern und diffamieren so jeglichen internen Widerstand als «ausländische Agenten», die durch Bombenangriffe auf den Iran einen Regimewechsel anstreben.

Die Diaspora versucht zudem, den iranischen Kampf für Demokratie dem US-Militär zu überlassen. Sie zeichnet ein verzerrtes Bild und behauptet, die Iraner würden um internationale Intervention «betteln». Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen versichern, dass dies nicht der Fall ist. Die Iraner wollen ihre eigene Demokratie aufbauen, frei von innerer Diktatur und ausländischen «Freiheitsoperationen».

Wahre Unterstützung für die Iraner bedeutet daher Diplomatie und die Stärkung der Zivilgesellschaft, nicht Krieg. Studien belegen immer wieder, dass Wirtschaftssanktionen die Machthaber des Regimes stärken und gleichzeitig die Mittelschicht schwächen, die den demokratischen Wandel massgeblich vorantreibt. Ein Krieg mit dem Iran wäre weitaus verheerender.

Ich bin ein iranischer Dissident. Ich strebe keinen schnellen Wandel durch Gewalt oder eine ausländische Invasion an. Ich wünsche mir Geduld, die mühsame Arbeit des Demokratieaufbaus, Weisheit und die Überführung der Politik von der Strasse an den Tisch. Es mag Jahre, ja sogar Generationen dauern, aber es wird Bestand haben. Viele von uns, die die Diktatur erlebt haben und die Narben des Widerstands tragen, wissen, dass echter Wandel langsam und kostspielig ist.

Nein zum Krieg zu sagen ist keine Beschwichtigung. Es ist der einzige Weg, den wahren Protestierenden im Iran – den Studierenden, Arbeitern, Frauen und Aktivisten, die mit ihrem Mut die Zukunft des Iran gestalten – Handlungsfähigkeit und Macht zurückzugeben.

erschieden am 26. Februar 2026 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_02_26_wahreunterstuetzung.htm

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
1.3.2026



Präsident Donald Trump:

«Wir werden sie mit einer noch nie gesehenen Gewalt angreifen.» © Al Jazeera

Der gewollte Krieg der USA und Israels

Dieser von Washington und Jerusalem gewollte Krieg ist alles andere als ein Schritt zur Befriedung des Nahen Ostens.

Red. Wir übernehmen hier einen leicht gekürzten Beitrag von Fredy Gsteiger, internationaler Korrespondent von Radio SRF. Er wurde am Abend des 28. Februar ausgestrahlt.

Die USA und Israel wollen das Mullah-Regime stürzen, mit Waffengewalt. Doch es bleibt offen, wie sie das erreichen wollen und ob sie es überhaupt erreichen können.

Doch vermutlich waren die ganzen Verhandlungen seitens der Vereinigten Staaten von vornherein eine Farce. Dafür spricht, dass die beiden amerikanischen Unterhändler weder von Diplomatie noch von Atomfragen etwas verstehen. Dafür spricht auch, dass Washington nicht mal definierte, welche Minimalziele man erreichen wollte.

Das spielt nun keine Rolle mehr: Statt Scheindiplomatie läuft nun ein Krieg. Und zwar kein «Präventivkrieg», wie behauptet wird, sondern ein gewollter Krieg. Denn eine akute Bedrohung Israels oder gar der USA durch Teheran gab es nicht. Dem Mullah-Regime ist zwar Übles zuzutrauen, aber es hat im Moment andere, innere Probleme, als dass es ausgerechnet jetzt einen Krieg vom Zaun gebrochen hätte.

Nicht viele würden dem tyrannischen Regime im Iran nachtrauern, sollte es tatsächlich stürzen. Erst recht nicht die eigene Bevölkerung. Trotzdem wissen alle, auch all die westlichen Regierungen, die das derzeit nicht laut sagen, dass die amerikanisch-israelischen Luftangriffe Völkerrecht verletzen und gegen die Uno-Charta verstossen.

All die Aufrufe, die Widersacher sollten nun an den Verhandlungstisch zurückkehren, klingen hohl und sind müssig.

Genau konkrete politische Ziele fehlen auf Seiten der USA. Die Militärangeriffe aus der Luft scheinen eher nach dem trumpschen Prinzip konzipiert, einfach mal draufzuhauen und dann zu schauen, was passiert. Zentrale Fragen sind völlig ungeklärt: Glauben die Amerikaner wirklich, mit Luftschlägen allein die Führung in Teheran von der Macht vertreiben zu können, was weder bei Saddam Hussein im Irak noch bei Muammar al-Ghaddafi in Libyen gelang? Wären die USA bereit, wenn Bombardements nicht reichen, auch Bodentruppen loszuschicken? Wie lange hält die Raketenabwehr in Israel, den Golfstaaten und rund um die US-Basen im Nahen Osten durch? Und will die Trump-Regierung tatsächlich dafür sorgen, dass im Iran die Demokratie Einzug hält? Lauter Fragen ohne Antworten.

Entsprechend sehen die jetzigen Luftschläge weniger nach einem Befreiungsschlag für die unterdrückte iranische Bevölkerung aus als nach einem Befreiungsschlag für einen US-Präsidenten im Umfragetief. Selbst wenn das iranische Regime in der ganzen Region gewaltigen Schaden angerichtet hat und dauerhaft Israel bedroht – es spricht derzeit nichts dafür, als bereite diese Militäroperation den Weg zu einem friedlicheren Nahen Osten.

Der verborgene Auslöser chronischer Krankheiten

Von The Vigilant Fox / The Vigilant Fox via Substack, Februar 26, 2026



Sobald Sie verstehen, was Ihren Körper im Überlebensmodus gefangen hält, wird der Weg zur Heilung endlich verständlich.

Die folgenden Informationen basieren auf einem Bericht, der ursprünglich von A Midwestern Doctor veröffentlicht wurde. Wichtige Details wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit und Wirkung gestrafft und redaktionell bearbeitet. Lesen Sie den Originalbericht hier.

Joe Rogan verstummte fassungslos, als Dr. Casey Means eine beunruhigende Gesundheitsstatistik nach der anderen herunterrasselte.

«Wir werden zerstört, und das ist noch sehr neu und beschleunigt sich», warnte sie.

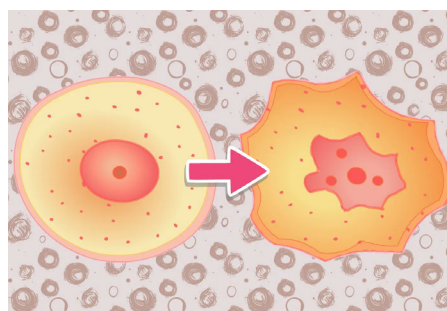
- «74% der Amerikaner sind übergewichtig oder fettleibig.»
- «Krebserkrankungen bei jungen Erwachsenen sind in den letzten 10 Jahren um 79% gestiegen.»
- «25% der Männer unter 40 leiden heute an erektiler Dysfunktion.»
- «50% der amerikanischen Erwachsenen leiden heute an Typ-2-Diabetes oder Prädiabetes. 1950 litt nur 1% der Amerikaner an Typ-2-Diabetes. Heute leiden 50% der Amerikaner an Prädiabetes oder Typ-2-Diabetes.»
- «Alzheimer und Demenz nehmen explosionsartig zu.»
- «Demenzkrankungen bei jungen Erwachsenen haben sich seit 2012 verdreifacht. Also früh einsetzende Demenzerkrankungen.»
- «Es wird erwartet, dass jeder zweite Amerikaner im Laufe seines Lebens an Krebs erkrankt, jeder zweite.»
- «In den Vereinigten Staaten leidet heute jedes [31.] Kind an Autismus. Im Jahr 2000 war es noch jedes 150. Kind.»
- «In Kalifornien, wo ich lebe, liegt die Autismusrate bei einem von 22. Einer von 22 leidet an einer lebenslangen neurologischen Entwicklungsstörung.»
- «Die Unfruchtbarkeit steigt um 1% pro Jahr.»
- «77% der jungen Amerikaner können aufgrund von Fettleibigkeit oder Drogenmissbrauch nicht zum Militärdienst zugelassen werden.»
- «Autoimmunerkrankungen. Einige Studien sagen voraus, dass sie um 13% pro Jahr zunehmen werden.»
- «Herzerkrankungen, die fast vollständig vermeidbar sind, sind die häufigste Todesursache in den Vereinigten Staaten und fordern jährlich rund 800'000 Menschenleben.»

«Es ist im Grunde so, als wären wir alle ein bisschen tot, während wir noch leben», sagte Dr. Means.

Diese Krisen stehen nicht in keinem Zusammenhang miteinander. Sie haben dasselbe biologische Muster – einen Körper, der im Überlebensmodus feststeckt. Und wenn man erst einmal verstanden hat, was den Körper in diesem Zustand hält, wird der Weg zur wirklichen Heilung endlich verständlich.

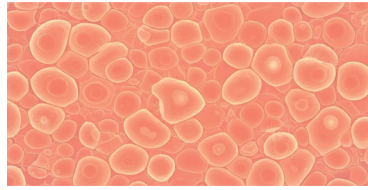


Was wäre, wenn das, was chronische Krankheiten auslöst, gar keine Fehlfunktion ist? Zellen sind nicht tot. Oder mutiert. Oder irreparabel beschädigt. Sie sind lediglich abgeschaltet. Was wäre, wenn unsere Zellen das tun, weil sie einfach nur versuchen zu überleben? Diese einzige Veränderung der Perspektive verändert alles. Und sie erklärt weit mehr, als die moderne Medizin jemals zugeben würde. Es könnte sogar bedeuten, dass die moderne Medizin bei der Heilung völlig falsch vorgeht.

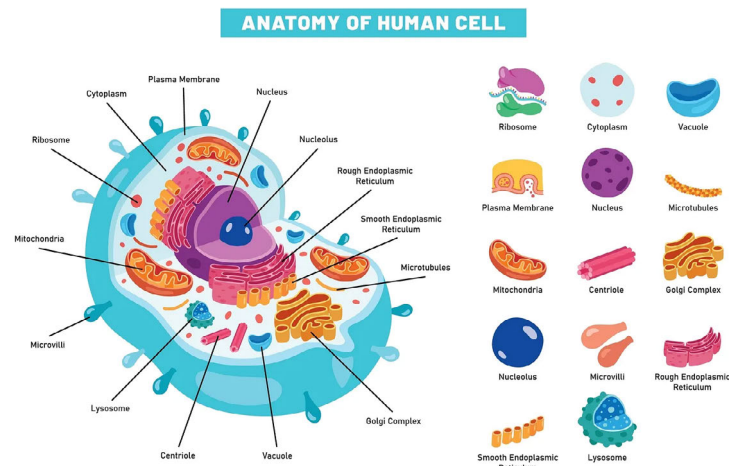


Wenn Zellen überwältigendem Stress ausgesetzt sind – beispielsweise durch Giftstoffe, Infektionen, Traumata und eine Überaktivierung des Immunsystems –, reagieren sie auf äusserst intelligente Weise. Sie sparen Energie. Sie reduzieren ihre Leistung. Sie gehen in einen Überlebensmodus mit geringer Funktion über. Kurzfristig rettet Sie das. Wenn Ihre Zellen jedoch in diesem Zustand stecken bleiben, führt dies zu Krankheiten.

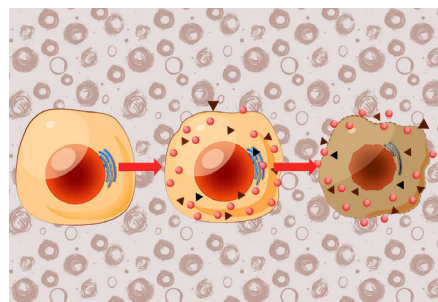
Denn der Überlebensmodus ist nicht dasselbe wie Gesundheit.



Mitochondrien, die Kraftwerke unserer Zellen, produzieren nicht nur Energie. Sie erkennen auch Gefahren. Wenn sich Gefahrensignale häufen (oxidativer Stress, inflammatorische Zytokine, Hypoxie), reduzieren Mitochondrien die ATP-Produktion und verlagern Stoffwechselwege. Dieser Prozess ist kein Zeichen von Versagen. Es ist eine Abwehrreaktion. Sie ist jedoch nur als vorübergehende Massnahme gedacht.



Dieses Phänomen wird als Cell Danger Response (CDR) bezeichnet. Wenn unsere Zellen durch eine Bedrohung ausgelöst werden, verringern sie ihre Energieproduktion, verändern das Membranpotenzial, verstärken Entzündungssignale, verlagern sich in Richtung Glykolyse und reduzieren die Kommunikation mit benachbarten Zellen. Es handelt sich um eine biologische Sperre. Und niedrige Energie wird zur neuen Normalität



Dieser Zustand ist jedoch nicht unbedingt irreversibel. Es handelt sich um eine Haltung. Betrachten Sie es als eine defensive Einstellung. Eine Art biologischer «Energiesparmodus». Einige chronische Krankheiten können darauf hindeuten, dass der Körper nie das Signal erhalten hat, dass es sicher ist, wieder seine volle Funktion aufzunehmen. Das bedeutet, dass wir nicht einfach nur die Symptome behandeln, sondern herausfinden müssen, wie wir dem Körper wieder ein Gefühl der Sicherheit vermitteln können.

Sehen Sie sich an, wie viele der heute bekannten chronischen Erkrankungen ähnliche Merkmale aufweisen:

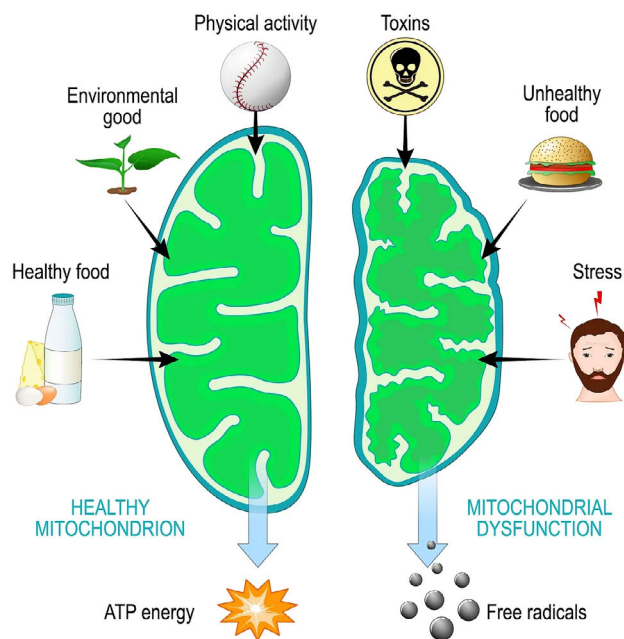
- Fibrose
- Long COVID
- Chronische Müdigkeit
- Autoimmunerkrankungen
- Neurodegenerative Erkrankungen
- Anhaltende Entzündungssyndrome

Unterschiedliche Namen, aber sie haben etwas Wesentliches gemeinsam.

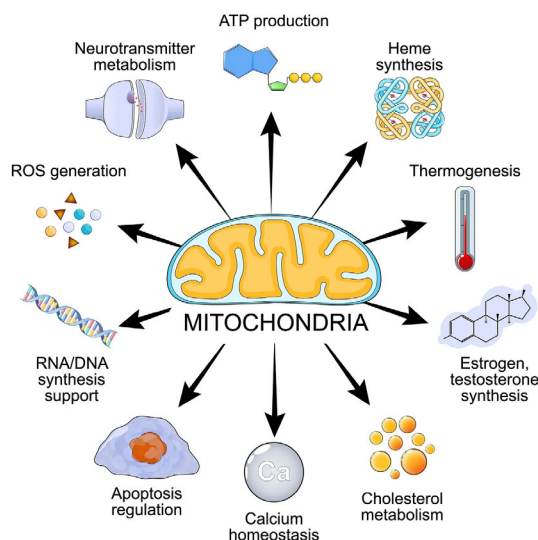
Überschneidende Muster von Zellstillstand, beeinträchtigter Zellenergie und veränderter Signalübertragung. Und diese Überschneidung ist wahrscheinlich kein Zufall. Wenn die Mitochondrien unterdrückt bleiben, bleibt die Energieproduktion niedrig, notwendige Reparaturprozesse kommen zum Stillstand, Entzündungen halten an und das Gewebe kann sich nicht regenerieren. Den Patienten wird gesagt, dass ihre «Laborwerte normal sind». Aber ihre Zellen funktionieren eindeutig nicht mit voller Kapazität. Biologischer Stress sammelt sich mit der Zeit an. Und in unserem modernen Leben haben wir mit so vielem zu kämpfen. Nicht nur mit psychischem Stress, sondern auch mit physiologischen Belastungen wie:

- Umweltgifte
- Anhaltende Infektionen
- Nährstoffmangel
- Chronische Entzündungen
- Stoffwechselüberlastung

Mit der Zeit können diese ständigen Belastungen unsere Zellen in ein Abwehrverhalten treiben.



Wenn Zellen ihre Aktivität reduzieren, hat dies vorhersehbare Folgen. Die Entgiftung verlangsamt sich. Die Reparatur verlangsamt sich. Die Effizienz der Mitochondrien sinkt. Die Signalübertragung wird gestört. Der Körper gleicht dies aus, aber dieser Ausgleich führt schliesslich zu dem, was wir als Krankheit bezeichnen.

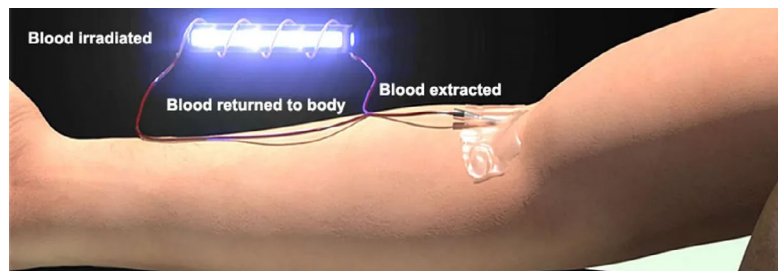


Warum betrachtet die Schulmedizin Krankheiten nicht auf diese Weise? Anstatt zu fragen: «Welches Medikament unterdrückt dieses Symptom?» sollten wir fragen: «Was hat diese Zellen dazu gebracht, Gefahr zu wittern und sich unsicher zu fühlen?»

Die moderne Medizin stellt nicht die richtigen Fragen, da es einfacher und profitabler ist, Entzündungen zu unterdrücken, Symptome zu überdecken und isolierte Signalwege anzugehen. Die Wiederherstellung der systemischen Zellfunktion erfordert Zeit und Mühe. Und es ist schwieriger, damit Geld zu verdienen. Was kehrt also den Shutdown um?

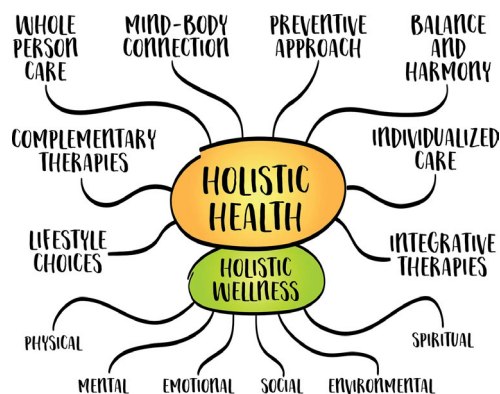
Nein, man kann Entzündungen nicht einfach unterdrücken. Man muss wiederherstellen, was schiefgelaufen ist. Die Mitochondrienfunktion, das Redoxgleichgewicht, die Membranladung, die Sauerstoffverwertung und die zelluläre Kommunikation. Das ist Terrain-Wiederherstellung. Historisch gesehen zeigten Therapien wie ultraviolette Blutbestrahlung, bestimmte metabolische Interventionen und redoxunterstützende Verbindungen überraschende Vorteile bei verschiedenen, nicht miteinander in Zusammenhang stehenden Erkrankungen. Das macht durchaus Sinn, wenn das Grundproblem tatsächlich in einer Unterdrückung der Zellfunktionen liegt.

Wenn eine Krankheit bedeutet, dass Zellen im Abwehrmodus feststecken, dann muss man sie zur Heilung davon überzeugen, dass es sicher ist, sich wieder zu aktivieren. Das ist ein grundlegend anderes Paradigma als die Bekämpfung der Krankheit.



Diese Sichtweise erklärt, warum sich der Zustand einiger Patienten dramatisch verbessert, wenn ein wichtiger Stressfaktor identifiziert und beseitigt wird. Der Körper war nicht irreversibel geschädigt. Er war nur angespannt. Wenn die Bedrohung nachlässt, können die Zellen allmählich ihre normale Funktion wieder aufnehmen. Wenn jedoch Stressfaktoren unentdeckt bleiben ... Wenn sich neue Faktoren ansammeln ... Wenn die Behandlung die Symptome unterdrückt, ohne die Gefahrenzeichen zu reduzieren ... Bleiben die Zellen im Energiesparmodus. Und den Patienten wird gesagt, ihr Zustand sei mysteriös, idiopathisch oder lebenslang.

Die moderne Medizin ist hervorragend in der Notfallversorgung. Bei chronischen Funktionsstörungen hat sie jedoch Schwierigkeiten. Denn chronische Erkrankungen sind selten auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Es handelt sich um eine langfristige Veränderung des Zellzustands, deren Behebung Zeit und Aufmerksamkeit erfordert.



Wenn das Abschalten von Zellen Krankheiten zugrunde liegt, dann behandeln viele derzeitige Therapien lediglich die Folgeerscheinungen – ohne den eigentlichen Stoffwechselstillstand anzugehen. Das würde erklären, warum so viele chronisch kranke Patienten eine Therapie nach der anderen durchlaufen, ohne dass eine echte Heilung eintritt. Die Frage lautet nicht nur: Welcher Erreger hat dies verursacht oder welches Gen ist mutiert?

Wir müssen Fragen stellen wie: Was zwingt diese Zellen in den Überlebensmodus?

Und wie können wir es sicher genug machen, damit der Körper sich wieder selbst aktivieren kann?

Bis dahin werden wir keine echte Heilung erfahren.

Quelle: The Hidden Switch Behind Chronic Disease

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-verborgene-ausloeser-chronischer-krankheiten/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

1.3.2026



US-Sondergesandter Steve Witkoff: Iran sei wahrscheinlich eine Woche davon entfernt, bombenfähiges Uran herzustellen. © Fox News, 25. Februar 2026

US-Regierung: Nach den Irak-Lügen jetzt die Iran-Lügen Iran könne binnen Tagen eine Atombombe bauen und mit Langstreckenraketen die USA bald angreifen. So begründen die USA den Krieg.

upg.

Präsident Donald Trumps Vorwand, um jetzt gegen Iran Krieg zu führen, erinnert an die Lüge Präsident George W. Bushs, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen. Es folgte ein völkerrechtswidriger Einmarsch in Irak.

In seiner Rede zur Lage der Nation behauptete Präsident Trump, Iran sei bereits wieder daran, eine Atombombe zu bauen. Gleichzeitig arbeite Iran an der Herstellung von ballistischen Langstreckenraketen, die «bald» die USA erreichen könnten.

Der US-Sondergesandte Steve Witkoff doppelte in einem TV-Interview nach: Iran sei «wahrscheinlich eine Woche davon entfernt, über Material in Industriequalität für den Bau von Bomben zu verfügen» («probably a week away from having industrial-grade bomb making material»).

Jetzt erklärt Präsident Trump, er wolle das Atomprogramm des Landes zerstören, und führt zusammen mit Israel einen Angriffskrieg. Gleichzeitig rief er Irans Bevölkerung auf, die Gelegenheit für einen Regierungswechsel zu nutzen.

Keine Beweise

Es gibt jedoch keine Beweise, ja nicht einmal harte Indizien dafür, dass der Iran die Anreicherung von Uran auf nahezu waffenfähiges Niveau wieder aufnahm, seit die USA und Israel im Juni letzten Jahres die wichtigsten Nuklearanlagen des Landes in Natanz, Fordo und Isfahan schwer beschädigt hatten. Das sagen – laut «New York Times» – übereinstimmend internationale Waffeninspektoren, Berichte des US-Geheimdienstes und hohe europäische und amerikanische Beamte.

Die Internationale Atomenergiebehörde berichtete, dass der grösste Teil der rund 1000 Pfund 60-prozentig angereicherten Urans in tief unterirdischen Containern in Isfahan gelagert seien. Das erschwere einen schnellen Zugriff und mache es unmöglich, es «innerhalb weniger Tage» zu bombenfähigem Material zu verarbeiten, wie die US-Regierung behauptet.

Nach Angaben der «New York Times» sagen Experten und Inspektoren, dass der Iran, selbst wenn er dieses Material ausgraben würde, dieses Material weiter auf Waffenqualität anreichern und dann zu einem Sprengkopf verarbeiten müsste. Das würde viele Monate oder noch länger brauchen. US-Beamte würden erklären, es gebe keine Anzeichen dafür, dass der Iran seit den Angriffen im letzten Jahr neue Nuklearstandorte gebaut habe, obwohl Aktivitäten in zwei unvollendeten Anlagen in der Nähe von Natanz und Isfahan festgestellt wurden. Dort würden iranische Ingenieure offenbar tiefer in den Untergrund graben, um zukünftige Anlagen selbst vor den stärksten konventionellen Bomben der USA zu schützen.

Selbst US-Aussenminister Marco Rubio räumte am 25. Februar ein, es gebe keine Beweise dafür, dass der Iran derzeit Kernbrennstoff anreichere.

Von Langstreckenraketen ein Jahrzehnt entfernt

Die Darstellung der Regierung, dass eine unmittelbare Raketenbedrohung für das amerikanische Festland bestehe, würden den zugrunde liegenden Geheimdienstinformationen nicht entsprechen. Der Iran habe ein Arsenal von etwa 2000 ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen angehäuft. Das Militär habe diese Bestände, die für den Abschuss von Hunderten von Raketen auf Israel und mehr als einem Dutzend auf eine US-Basis in Katar während der Konfrontation im letzten Jahr verwendet wurden, möglicherweise wieder weitgehend aufgefüllt. Diese Systeme könnten Israel, US-Stützpunkte im Nahen Osten und Teile Mittel- und Osteuropas erreichen, jedoch nicht die USA.

Auch ein nicht klassifizierter (öffentlich zugänglicher) Bericht der Defense Intelligence Agency sei zum Schluss gekommen, dass Iran über keine ballistischen Raketen verfüge, welche die Vereinigten Staaten erreichen können. Es könne noch bis zu einem Jahrzehnt dauern, bis Iran mehrere Interkontinentalraketen einsatzbereit habe. Und dies nur unter der Voraussetzung, dass Iran in die Entwicklung massiv investiere. Drei US-Beamte, die Zugang zu aktuellen Geheimdienstinformationen über das iranische Raketenprogramm haben, erklärten der «New York Times», Trump habe in seiner Rede zur Lage der Nation die Bedrohungslage übertrieben.

Völkerrechtswidriger Angriff

Artikel 51 der Uno-Charta erlaubt Angriffe zur Selbstverteidigung nur, wenn ein Land bewaffnet angegriffen wird. Ein Staat muss indessen nicht abwarten, bis der Angriff tatsächlich stattfindet. Das Völkerrecht erlaubt auch Massnahmen gegen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Dies wird als «präventive Selbstverteidigung» bezeichnet. Auch andere Staaten dürfen dem angegriffenen Staat militärisch beistehen, unabhängig davon, ob ein formelles Bündnis besteht.

Doch nur ein unmittelbar bevorstehender Angriff rechtfertigt präventive Massnahmen. Ein «präventiver» Angriff auf blossen Verdacht oder wegen einer längerfristigen Bedrohung ist völkerrechtswidrig.

Ohne unmittelbar bevorstehenden Angriff sind Präventivkriege auch gegen gefährliche «Schurkenstaaten» nicht erlaubt – schon gar nicht mit dem Ziel, eine Regierung zu stürzen.

Weder gegen Israel und schon gar nicht gegen die USA stand ein bewaffneter Angriff Irans unmittelbar bevor. Im Gegenteil: Seit Israel die Angriffskapazitäten der Hamas und der Hisbollah ausgeschaltet hat und Bashar al Assad in Syrien gestürzt wurde, ist die Bedrohung für Israel deutlich geringer geworden. Auch die wichtigsten iranischen Anlagen zur Anreicherung von Uran haben Israel und die USA im letzten Jahr zerstört.

Warum jetzt ein Angriff Irans gegen Israel oder die USA unmittelbar bevorstehen sollte, ist nicht nachvollziehbar.

Der Preis des totalen Nihilismus

Andrew P. Napolitano

Als Präsident Donald Trump verkündete, er habe dem Pentagon befohlen, Fischerboote und Schnellboote auf hoher See anzugreifen, die seiner Aussage nach gefährliche Drogen für Käufer in den Vereinigten Staaten transportierten, empfanden viele von uns, die die Regierung wegen ihrer Missachtung der Verfassung beobachten, dies als wahrhaft kriminell und absolut skandalös.

Das Militär begeht Mord, wenn es vorsätzlich einen Zivilisten tötet, der keine unmittelbare Bedrohung für die USA oder das Militär darstellt. Dieses Verbrechen wird von allen Angehörigen der Befehlskette begangen, die wissentlich an diesen Angriffen beteiligt sind.

Der Befehl zur Tötung von Zivilisten ist ein rechtswidriger Befehl, den die Militärangehörigen, die ihn erhalten, rechtlich und moralisch anfechten und entweder die Ausführung verweigern oder aus dem Militärdienst ausscheiden müssen.

Es war skandalös, weil der Präsident und sein Verteidigungsminister damit prahlten.

Als sechs Kongressabgeordnete diese Ansicht äusserten, versuchte der Verteidigungsminister – ohne Anhörung – die Militärpension eines von ihnen, eines pensionierten Marinekapitäns, zu kürzen. Das Justizministerium strebte daraufhin eine Anklage gegen alle sechs an. Trump forderte ihre sofortige Hinrichtung.

Der Bundesrichter, dem die Anfechtung der Gehaltskürzungsanordnung des Pentagons zugewiesen wurde, urteilte, dass in der amerikanischen Geschichte noch nie die Militärpension eines Empfängers aufgrund blosser Meinungsäusserung gekürzt worden sei, geschweige denn die eines US-Senators. Er erklärte die Pensionskürzung für ungültig.

Als das Justizministerium anschliessend seinen Fall gegen die sechs Kongressabgeordneten einer Grand Jury im District of Columbia vorlegte und die Geschworenen aufforderte, die sechs wegen Gefährdung der Moral des Militärs anzuklagen, lehnte die Grand Jury dies ab.

Man muss bedenken, dass bei einer Grand-Jury-Verhandlung weder ein Richter noch ein Verteidiger anwesend sind. Die Geschworenen hören nur das, was die Regierung ihnen mitteilen will. Und dennoch sagten sie der Regierung: Nein.

Ich präsentiere diesen Hintergrund als Grundlage, um die Denkweise der Beamten der Trump-Regierung zu untersuchen, die in diese schändliche Angelegenheit verwickelt waren. Sie glauben, sie könnten ohne ordentliches Verfahren töten und bestrafen und diejenigen verfolgen, die ihnen verbal widersprechen.

Während das Militär Morde beging, begingen die Staatsanwälte, die Kongressabgeordnete wegen Äusserungen anklagen wollten, Amtsmissbrauch, da sie die Instrumente der Regierung in direktem Widerspruch zur Verfassung einsetzten.

Es kommt noch schlimmer:

Letztes Jahr erfuhren wir, dass nach einem gezielten Angriff auf ein Schnellboot im September, bei dem nicht alle Insassen getötet wurden, der zuständige Admiral einen zweiten Angriff befahl, um die drei Überlebenden zu töten, die sich an Trümmern festklammerten und um ihr Leben kämpften. Auch dies war ein Mord; und wie alle diese Bootsangriffe ein Kriegsverbrechen.

Kriegsverbrechen können vom Präsidenten nicht vergeben werden und können jederzeit von jedem souveränen Staat verfolgt werden. Für Kriegsverbrechen gibt es keine Verjährungsfrist und keine Gerichtsstandsvorgaben.

Als Reaktion auf die öffentliche und parlamentarische Empörung über die Ermordung der unglücklichen Überlebenden des Bootsangriffs begann das Pentagon, die Überlebenden zu retten, die es nicht getötet hatte. Als Anwälte des Pentagons die Anwälte des Justizministeriums fragten, was mit ihnen geschehen solle, und diese wiederum Beweise für die Verbrechen verlangten, weigerte sich das Pentagon und brachte sie umgehend nach Hause. Etwaige Beweise wurden vom Pentagon vernichtet – ein weiteres Verbrechen.

Letzte Woche erfuhren wir von zwei Entwicklungen, die diese Situation verändert haben. Als zwei der vom Militär zurückgebrachten Überlebenden ankündigten, die Regierung wegen Verletzung ihrer Bürgerrechte durch einen Tötungsversuch zu verklagen, und als die Familien zweier Opfer desselben Angriffs ebenfalls eine Klage wegen unrechtmässiger Tötung einreichten, erfuhren wir, dass das Pentagon seine Strategie der Überlebendenrettung eingestellt und stattdessen die Küstenwache – die nicht mehr dem Pentagon, sondern dem Ministerium für Innere Sicherheit untersteht – mit der Rettung beauftragt hatte.

Letzte Woche wurde ausserdem bekannt, dass es nach einem Angriff am 30. Dezember, bei dem acht Menschen ums Leben kamen und die Küstenwache zu deren Rettung gerufen wurde, 44 Stunden dauerte, bis das Rettungsflugzeug der Küstenwache am Einsatzort eintraf.

Das Pentagon weigert sich nun, die Küstenwache über seine geplanten Angriffe zu informieren – offenbar misstraut es seiner Schwesterbehörde und befürchtet, dass diese nichts von den geplanten Tötungen wissen würde. Auch die Mitarbeiter des Heimatschutzministeriums scheinen es nicht eilig zu haben, Überlebende zu retten. Das Flugzeug der Küstenwache, das schliesslich am Ort des Pentagon-Angriffs eintraf und nur ein leeres Meer vorfand, legte einen absurden, 4800 Kilometer langen Umweg zurück: von Los Angeles nordwärts zum Lake Tahoe, dann westwärts nach Sacramento, südwärts über Los Angeles nach Costa Rica und schliesslich westwärts zum Suchgebiet 1050 Kilometer vor der Küste im Pazifik.

Was ist hier los?

Es handelt sich um eine Reihe bewusst getroffener, makabrer Geheimentscheidungen der Regierung, die – entgegen dem Gesetz – es für besser hält, wenn Überlebende im Meer ertrinken, als wenn sich all dies vor einem Bundesgericht abspielt. Das Gesetz betrachtet diese nicht angeklagten Personen – ob lebend oder tot – selbstverständlich als unschuldig und verpflichtet das Militär, das sie getötet hat, und nicht eine grösstenteils inländische Behörde, der es misstraut, die Überlebenden zu retten.

Diese kriminelle Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben verstösst gegen das Naturrecht, die Verfassung und Bundesgesetze. Doch es ist noch schlimmer. Sie offenbart einen tiefsitzenden Nihilismus, der die Trump-Regierung antreibt. Nihilismus lehnt jegliche Massstäbe menschlichen Verhaltens ab, kennt keine Grenzen der Machtausübung und akzeptiert keine universellen Konzepte von Recht und Unrecht.

Der Preis für diesen Nihilismus im Ausland ist eine Regierung im Inland, die die Rechte der Menschen nicht schützt, intransparent agiert und keinerlei Gesetze achtet. Wer hat die gewählt?

erschieden am 26. Februar 2026 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_02_26_derpreis.htm

Der Dalai Lama – Die Verbindung zu Epstein

Alan Macleod via MintPress News, Februar 26, 2026

Die neueste Tranche der Epstein-Akten hat eine eher unwahrscheinliche Persönlichkeit ins Rampenlicht gerückt: den Dalai Lama. Der Name des tibetischen Religionsführers wird in den neu veröffentlichten Dokumenten hunderte Male erwähnt, wobei Andeutungen und Behauptungen gemacht werden, dass die beiden

eine Art persönliche Beziehung unterhielten. Eine Suche nach «Dalai Lama» liefert 156 Ergebnisse auf der Website des Justizministeriums, wobei andere ähnliche Suchanfragen, wie beispielsweise «Dali Lama» (Epstein war bekannt für seine schlechte Rechtschreibung), ebenfalls Dutzende relevanter Ergebnisse liefern. Ein prominenter Gast von Epstein erinnert sich daran, den buddhistischen Lehrer in Epsteins Villa in Manhattan getroffen zu haben, dem Schauplatz vieler schwersten Sexualverbrechen. Das Büro des Dalai Lama hat jegliche Verbindung zu dem in Ungnade gefallenen Pädophilen und mutmasslichen israelischen Geheimdienstmitarbeiter vehement dementiert.



Partys in Epsteins Haus?

Epstein war ein begeisterter Netzwerker, und seine E-Mails zeigen, dass er sich intensiv darum bemühte, mit dem Dalai Lama in Kontakt zu treten, indem er sein Netzwerk von Kontakten um eine Einladung bat. Joichi Ito, Leiter des Media Lab des Massachusetts Institute of Technology (MIT), half ihm bei seinen Bemühungen und wies darauf hin, dass sein enger Kontakt Tenzin Priyadarshi ein tibetischer Mönch und buddhistischer Seelsorger des MIT war und einen direkten Draht zum Dalai Lama hatte. Er schrieb:

«Ja. Der erste Schritt wäre, Tenzin zu treffen. Er ist sein Schüler, leitet das Dalai Lama Center, ist jetzt Director's Fellow am Lab und wird die «Ethik-Initiative» am Media Lab starten. Wir arbeiten an einigen coolen Projekten, wie zum Beispiel einem Treffen zum Thema kognitive Maschinen und Mensch. Ich glaube, du wirst ihn mögen. Er kann uns den Dalai Lama vermitteln.»

Epstein traf sich daraufhin mit Priyadarshi und spendete 50'000 Dollar an das Prajnopaya Institute, ein von ihm gegründetes buddhistisches Zentrum. Im Jahr 2019 trat Ito wegen seiner Verbindung zu Epstein in Ungnade zurück.

Epstein war begeistert von der Aussicht, den Lama in sein persönliches Netzwerk einzubinden. «Ich arbeite daran, den Dalai Lama zum Abendessen einzuladen», schrieb er in einer E-Mail an Soon Yi-Previn, die Frau von Woody Allen. «Gibt es schon einen Termin für das Mittagessen mit Woody und dem Dalai Lama?», fragte der prominente Wissenschaftler Lawrence Krauss Epstein zwei Wochen später.

Eine weitere Nachricht von einem unbekannten Absender deutet ebenfalls auf eine engere Beziehung hin, als bisher bekannt war.

«Entschuldige bitte, dass ich seit gestern Morgen meine E-Mails nicht gecheckt habe. Du weißt doch, dass ich kein Internet auf meinem Handy habe. Warum hast du mich nicht angerufen oder mir eine SMS geschickt, wenn du mich brauchst? Was die Veranstaltung angeht, von der ich dir vor fast einem Monat auf der Insel erzählt habe, dass der Dalai Lama kommt und ich ihn dort sehen möchte: Ich kann diese Veranstaltung aber ausfallen lassen, wenn du heute meine Hilfe brauchst.»

Es ist unklar, ob mit «Insel» Little St. James gemeint ist, der berühmte Rückzugsort in der Karibik, wo der Milliardär Mädchen und Frauen verschleppte und vergewaltigte.

Aus den E-Mails allein geht nicht hervor, ob Epstein und der Dalai Lama sich jemals persönlich getroffen haben. Michael Wolff, Journalist und Mitarbeiter von Epstein, gab jedoch mehrfach an, ihn persönlich in Epsteins Wohnung in Manhattan gesehen zu haben.

Wolff erzählte im Podcast «The Daily Beast», dass Epsteins riesige Wohnung «voller Menschen war, die man gerne treffen würde, von Bill Gates über Peter Thiel bis hin zu Larry Summers, Ehud Barak, Steve Bannon, Noam Chomsky und dem Dalai Lama». Moderatorin Joanna Coles unterbrach Wolff und fragte: «Sie haben den Dalai Lama getroffen?» «Ja, die Liste ist lang, die Liste ist aussergewöhnlich», antwortete er. Eine schockierte Coles bat ihn erneut um Klarstellung: «Haben Sie den Dalai Lama tatsächlich bei Jeffrey Epstein getroffen?» Worauf Wolff antwortete: «Ja, in der Tat.»

Die tibetische Zentralverwaltung hat sowohl Wolffs Behauptungen als auch jegliche enge Verbindung zwischen Epstein und dem Dalai Lama kategorisch zurückgewiesen. Nach der Analyse der Dokumente selbst kamen sie zu dem Schluss, dass diese «keinerlei direkte Beteiligung, Bestätigung oder Anerkennung durch Seine Heiligkeit den Dalai Lama oder durch jemanden, der in seinem Namen handelt, in Bezug auf Jeffrey Epstein» enthielten.

«Alle Verweise auf Seine Heiligkeit den Dalai Lama sind ausschliesslich Erwähnungen durch Dritte, oft informell, spekulativ oder kontextbezogen, und begründen keine Interaktion, Beziehung oder Kommunikation zwischen Seiner Heiligkeit und Jeffrey Epstein», schlussfolgerten sie und fügten hinzu, dass Berichte, die etwas anderes behaupten, oft das Werk «staatlich unterstützter chinesischer Medien» mit «Eigeninteressen» gegen die tibetische Unabhängigkeitsbewegung sind.

Langleys beliebtester religiöser Führer

Dennoch weckt die Präsenz des Dalai Lama in den Epstein-Akten Erinnerungen an einen Vorfall aus dem Jahr 2023, an dem ein kleiner Junge beteiligt war. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in Indien lud der damals 87-jährige Führer ein Kind auf die Bühne ein und befahl ihm, ihn auf die Wange zu küssen. Er hielt den Jungen fest und deutete auf seine Lippen, wobei er sagte: «Ich denke, hier auch.» Er fasste das Kinn des Jungen und küsste ihn auf den Mund, während das Publikum applaudierte. Er hielt das Kind weiterhin fest und befahl ihm dann, «an seiner Zunge zu lutschen». Der sichtlich erschütterte Junge wich angewidert zurück.

Wochen später verbreitete sich das Video des Vorfalls viral. Der Dalai Lama wurde von indischen Kinderrechtsgruppen verurteilt und weithin der Pädophilie bezichtigt. Angesichts der Medienaufregung veröffentlichte sein Büro eine kurze Erklärung, in der er sich bei dem Jungen, seiner Familie und «seinen vielen Freunden auf der ganzen Welt für die Verletzungen entschuldigte, die seine Worte verursacht haben könnten». «Seine Heiligkeit neckt Menschen, denen er begegnet, oft auf unschuldige und spielerische Weise, sogar in der Öffentlichkeit und vor Kameras. Er bedauert den Vorfall», erklärte sein Büro.

Während der Dalai Lama die Vorwürfe gegen Epstein und den Kindesmissbrauch vehement zurückgewiesen hat, ist er völlig offen mit seinen Verbindungen zur CIA und zum US-Geheimdienst umgegangen, mit denen Epstein angeblich enge Beziehungen unterhielt. Jahrzehntlang stand der Dalai Lama auf der Gehaltsliste der CIA und erhielt persönlich 180'000 Dollar pro Jahr von der Behörde, als Teil einer umfassenderen amerikanischen Strategie zur Unterstützung der tibetischen Separatistenbewegung gegen das kommunistische China.

Nach einem gescheiterten Aufstand im Jahr 1959 verliess er Tibet und ging nach Indien, um nie wieder zurückzukehren. Die CIA unterstützte jedoch weiterhin die tibetischen Guerillas, indem sie Hunderte von Kämpfern im Camp Hale in Colorado bewaffnete, ausbildete und finanzierte, um die Regierung zu destabilisieren. Nach der Entspannungspolitik der Nixon-Regierung gegenüber China Anfang der 1970er Jahre wurde die Unabhängigkeit Tibets jedoch zurückgestellt, und die CIA-Gelder für das Programm, einschliesslich der persönlichen Zuwendungen für den Dalai Lama, versiegten. «Als sich die amerikanische Politik gegenüber China änderte, stellten sie [die CIA] ihre Hilfe ein. Sonst hätte unser Kampf weitergehen können», sagte der Dalai Lama zu dieser Entscheidung.

Die CIA finanziert weiterhin tibetische Bewegungen über Frontorganisationen wie die National Endowment for Democracy (NED). Jedes Jahr gibt die NED Millionen für Programme aus, die auf Tibet abzielen, und unterstützt Medien, NGOs und andere tibetische Gruppen, die sich gegen die chinesische Regierung stellen. Derzeit gibt es mindestens 16 aktive tibetische NED-Projekte, obwohl die Organisation aus Angst vor einem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit nicht offenlegt, wer die Empfänger ihrer Grosszügigkeit sind. Dennoch ist bekannt, dass NGOs wie das Tibet Justice Center und das Tibetan Center for Human Rights and Democracy von Washington finanziert werden. Ebenso wie Students for a Free Tibet und Medien wie China Digital Times und China Change.

Der Zweck dieser Operationen besteht laut einem freigegebenen Dokument des Aussenministeriums darin, «das politische Konzept eines autonomen Tibets innerhalb Tibets und unter ausländischen Nationen, vor allem Indien, am Leben zu erhalten und die Fähigkeit zum Widerstand gegen mögliche politische Entwicklungen innerhalb des kommunistischen China aufzubauen».

Schlechtes Karma

Die Veröffentlichung der Epstein-Akten hat weltweit für Aufsehen gesorgt, da Prominente, Wissenschaftler, Politiker und Mitglieder des Königshauses in ein riesiges Netzwerk von Menschenhandel und sexuellem Missbrauch verwickelt sind. Im Vereinigten Königreich wurde Andrew Mountbatten-Windsor (früher bekannt als Prinz Andrew) verhaftet, während das Haus des ehemaligen Kabinettsmitglieds Lord Mandelson von der Polizei durchsucht wurde.

In Norwegen wurde der ehemalige Premierminister Thorbjørn Jagland wegen schwerer Korruption im Zusammenhang mit seinen Geschäften mit dem in Ungnade gefallenen New Yorker Finanzier angeklagt.

In den Vereinigten Staaten hingegen hat noch keine einzige Person rechtliche Konsequenzen für ihre Handlungen zu tragen. Darüber hinaus gab das Justizministerium bekannt, dass die Veröffentlichung von 3 Millionen Seiten an Dokumenten am 30. Januar die letzte sein werde, da es seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen sei. Und das, obwohl nur 2% der gesamten Epstein-Akten, die es besitzt, veröffentlicht wurden (und viele davon stark redigiert sind).

Warum Epstein den Dalai Lama so sehr treffen wollte, ist unklar. Der Milliardär schien Freude daran zu haben, bekannte Persönlichkeiten zu «sammeln». Der Dalai Lama selbst hält sich bedeckt. Und da Epstein tot ist und keine weiteren Akten mehr veröffentlicht werden sollen, werden wir wahrscheinlich nie die endgültige Antwort auf dieses Rätsel erfahren.

Quelle: The Dalai Lama – Epstein Connection

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-dalai-lama-die-verbindung-zu-epstein/>



Schlagzeile von Al Jazeera am 28. Februar 2026 © is

Von den USA unterstütztes Israel bombardiert Iran und Libanon Israel nennt die Angriffe «präventiv». Einige Medien setzen dieses Wort in Anführungszeichen. Präventive Kriege sind verboten.

Red.

Israels Verteidigungsminister Israel Katz sprach von einem «Präventivschlag», um «Bedrohungen für den Staat Israel zu beseitigen». Im Hinblick auf mögliche Gegenschläge Irans hat Israel seinen Luftraum gesperrt. Der Libanon meldet heftige Angriffe Israels auf vermutete Stellungen der Hisbollah.

Präsident Donald Trump hat erklärt, dass auch die US-Streitkräfte «grössere Kampfoperationen» («major combat operations») in Iran begonnen hätten und die USA gemeinsam mit Israel Militärschläge gegen Ziele im Iran durchführten.

In einer Videobotschaft (u.a. über Truth Social verbreitet) sprach er von einer „massive and ongoing“ Operation, deren Ziel sei, Irans Raketenfähigkeiten zu zerstören und zu verhindern, dass Iran zu Atomwaffen gelangt. Medienberichte und offizielle Bestätigungen aus den USA und von Verbündeten beschreiben, dass amerikanische Luft- und Seestreitkräfte bereits Schläge gegen iranische Ziele flogen.

Die Charta der Vereinten Nationen regelt in Artikel 51 das Recht auf Selbstverteidigung und damit eine Ausnahme vom Gewaltverbot. Er regelt, wann die «individuelle oder kollektive Selbstverteidigung» – in der weiteren Auslegung präventive Gewaltanwendung inbegriffen – nicht illegitim ist:

Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen

«Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffskrieges gegen ein Mitglied der Erneuten Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat. Massnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechtes trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Massnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.»

Artikel 51 macht andererseits klar, dass die Kompetenz einzugreifen primär beim Sicherheitsrat der Uno liegt. Ein Staat oder mehrere Staaten dürfen nur eingreifen, wenn die UNO noch nicht die «erforderlichen Massnahmen» treffen konnte.

In einem Gastkommentar der «NZZ» vom 4. Juli 2025 hat der Völkerrechtler Matthias Herdegen die Angriffe im Juni 2025 auf die iranischen Atomanlagen als völkerrechtlich legitim dargestellt: «Israels Präventivschlag gegen Iran war legitim.» Zwar räumt er ein, dass es sich um einen Grenzfall handelt:

«Selbstverständlich gerät bei Iran die militärische Prävention an die Grenzen zulässiger Gewaltanwendung, zumal gewisse Unsicherheiten über den Stand des iranischen Nuklearprogramms bestehen mögen. Aber hier, wie in anderen Fällen, fällt die Grundvoraussetzung für eine sehr enge Auslegung des Selbstverteidigungsrechts weg, nämlich die Gewährung von Sicherheit durch den Uno-Sicherheitsrat. Gerade diese in der Uno-Charta verheissene Schutzgewährung durch das Weltdirektorium ist das Pendant zum Gewaltverbot. Der Verzicht auf militärische Gewalt steht nur dann mit dem Selbsterhaltungsinteresse der Staaten in Balance, wenn das Völkerrecht nicht immer die Tür zur Abwehr existenzieller Bedrohungen erst unmittelbar vor dem Vernichtungsschlag öffnet und dann eine wirksame Abwehr nicht mehr möglich ist.»

Etwas salopp ausgedrückt argumentiert Herdegen, dass Israel nicht warten muss, bis die ballistischen Raketen oder im schlimmsten Fall die Atombombe Irans bereits unterwegs sind. Im konkreten Fall steht jeweils die Frage im Zentrum, ob ein unmittelbar bevorstehender Angriff besteht, der einen präventiven Angriff des bedrohten Landes legitimiert.

Diese Frage stellt sich heute umso dringender, als die atomaren Kapazitäten Irans bereits im Juni 2025 nach Aussagen von US-Präsident Donald Trump um Jahre zurückgeworfen wurden.

Die Präventiv-Doktrin ist in der Völkerrechtslehre umstritten. Die überwiegende Lehre lehnt sie als unvereinbar mit den Maßstäben des Völkerrechts ab.



Das ist eine Bombe, eine schmutzige Bombe!

Lorenzo Maria Pacini, Februar 26, 2026

Die europäische Führung ist eine klare, offensichtliche und eindeutige konkrete Bedrohung für die globale Sicherheit.

Lorenzo Maria Pacini

Im Kontext des russisch-ukrainischen Konflikts haben Erklärungen des Auslandsgeheimdienstes der Russischen Föderation (SVR) die internationale Debatte neu entfacht, die sich seit Monaten mit anderen hochsensiblen Themen befasst hatte – insbesondere hinsichtlich des Risikos einer weiteren militärischen Eskalation und vor allem der Möglichkeit, dass die Ukraine mit Atomwaffen ausgestattet werden könnte.

Nach Angaben der Pressestelle des russischen Geheimdienstes haben das Vereinigte Königreich und Frankreich in ihren internen Bewertungen eingeräumt, dass es für die ukrainischen Streitkräfte unter den derzeitigen Bedingungen des Konflikts unmöglich sei, einen entscheidenden militärischen Sieg gegen Russland zu erringen. Dennoch seien die politischen und strategischen Eliten in London und Paris offenbar nicht bereit, die Möglichkeit einer ukrainischen Niederlage und folglich einen Rückzug ihres geopolitischen Einflusses in Osteuropa zu akzeptieren.

Nach Darstellung des SVR gewinnt die Idee an Boden, Kiew mit einer Art «entscheidender Waffe» – einer Wunderwaffe – auszustatten, die das Kräfteverhältnis vor Ort verändern und die Verhandlungsposition der Ukraine im Hinblick auf mögliche Gespräche zur Beendigung der Feindseligkeiten stärken könnte. Die ins Spiel gebrachte Hypothese betrifft die Übergabe eines tatsächlichen nuklearen Sprengsatzes oder alternativ eines radiologischen Geräts, das gemeinhin als «schmutzige Bombe» bezeichnet wird. Ein solches Szenario würde einen qualitativen Sprung in der Natur des Konflikts darstellen und ihn in eine Krise potenziell globalen Ausmasses verwandeln.

Ja, Sie haben richtig verstanden. Während die spezielle Militäroperation in ihr viertes Jahr eintritt – nach einer unkalkulierbaren Serie diplomatischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Fehlschläge – will

der westliche Block weiterhin den Dritten Weltkrieg in Europa beginnen. Die wahnsinnige Führung der NATO, die Staatschefs der alten Mächte Europas, die Herren des endlosen Krieges, verfolgen ihr Projekt weiter. Solche Tatsachen werden eines Tages von jemandem beurteilt werden müssen.

Besonders bedeutsam ist in dem russischen Dokument der Hinweis auf die Position Deutschlands, das sich «klugerweise» geweigert habe, sich an dem als «gefährliches Abenteuer» bezeichneten Vorhaben zu beteiligen. Dieses Element deutet auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westlichen Front hinsichtlich des Ausmasses der Beteiligung und der Modalitäten der Unterstützung für Kiew hin – ebenso wie hinsichtlich der Grenzen, jenseits derer militärische Hilfe in eine direkte und unkontrollierbare Beteiligung am Konflikt übergehen würde.

Nach Angaben des SVR prüfen London und Paris die operativen Modalitäten, um der Ukraine nicht nur die Waffe selbst, sondern auch die dazugehörigen Trägersysteme bereitzustellen. Ja, Sie haben richtig verstanden, es geht tatsächlich um das komplette Paket. Insbesondere ist von einer vertraulichen Übergabe europäischer Komponenten, Technologien und Fachkenntnisse die Rede, wobei möglicherweise auch der französische Nuklearsprengkopf TN75 in Verbindung mit der seegestützten ballistischen Rakete M51.1 in Betracht gezogen wird. Eine Operation dieser Art würde, sollte sie bestätigt werden, eine technische und industrielle Einbindung auf höchster Ebene voraussetzen und grundlegende Fragen zur Stabilität des internationalen Nichtverbreitungsregimes aufwerfen.

Einige internationale Probleme

Machen wir es klar: Wer auf der Welt will wirklich eine Eskalation? Wer profitiert davon? Kein Land mit einer Führungspersönlichkeit normalen psychologischen Profils würde so etwas wollen. Krieg nützt nur denen, die Waffen verkaufen – und sonst niemandem. Und das bedeutet, immer wieder eine Serie von Zwischenfällen, Feindseligkeiten und Provokationen über die Hälfte des Planeten und vielleicht darüber hinaus zu entfachen.

Dies wirft Probleme für die internationalen Beziehungen auf. Zentrale Referenz ist hierbei der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der das rechtliche Fundament des Systems bildet, das die Weiterverbreitung von Atomwaffen ausserhalb der bereits anerkannten Nuklearstaaten verhindern soll. Die Lieferung einer Atomwaffe oder wesentlicher Komponenten zu ihrer Herstellung an ein Land, das offiziell nicht über diese Fähigkeit verfügt, würde eine klare Verletzung internationaler Verpflichtungen darstellen. Die Erklärung des russischen Geheimdienstes betont selbst, dass sich die britische und die französische Regierung der Tragweite eines solchen Verstosses sowie der Risiken bewusst seien, die mit der Destabilisierung des gesamten globalen Nichtverbreitungsregimes verbunden wären.

In diesem Zusammenhang ist klar, dass westliche diplomatische Bemühungen darauf abzielen würden, jede Erlangung nuklearer Fähigkeiten durch Kiew als Ergebnis einer eigenständigen ukrainischen Entwicklung erscheinen zu lassen. Eine solche Verschleiерungsstrategie würde, sollte sie tatsächlich verfolgt werden, das Bewusstsein für die Schwere der rechtlichen und politischen Implikationen des Vorhabens belegen. Doch jenseits von Anschuldigungen und Dementis zwingt allein die Erwähnung eines solchen Szenarios zu einer breiteren Reflexion über die systemischen Folgen einer weiteren Eskalation. Denn ja, wir sprechen vom System: Innerhalb von Minuten stünde die gesamte Welt in höchster Alarmbereitschaft, mit einer Kette von Ereignissen unvorstellbaren Ausmasses.

Die nukleare Dimension stellt nämlich keine bloss quantitative Erhöhung der verfügbaren Feuerkraft dar, sondern eine qualitative Veränderung der Natur des Konflikts. Die Einführung einer Atomwaffe – selbst nur als Abschreckungsmittel – würde die strategische Landschaft Europas radikal verändern und Dynamiken einer direkten Konfrontation zwischen Nuklearmächten reaktivieren, die mit dem Ende des Kalten Krieges teilweise abgeschwächt worden waren. Das Risiko würde sich nicht auf die Ukraine beschränken, sondern den gesamten Kontinent betreffen – mit Auswirkungen auf kollektive Sicherheit, politische Stabilität und die Glaubwürdigkeit multilateraler Institutionen.

Aus diplomatischer Sicht wäre die Lieferung von Atomwaffen an die Ukraine eine ausserordentlich törichte Entscheidung, die in die Geschichtsbücher eingehen würde. Sie würde die Möglichkeit glaubwürdiger Vermittlung irreversibel kompromittieren, Positionen verhärten und die Wahrnehmung einer direkten Konfrontation mit dem gesamten Westen verstärken – falls dies noch nicht verstanden worden sein sollte. Es wäre ein gewaltiges Eigentor des Westens, weil es die Erzählung weiter nähren würde, der Konflikt habe sich schrittweise zu einem Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland entwickelt, und die Rhetorik einer systemischen Konfrontation zwischen gegensätzlichen Blöcken stärken würde. Eine weitere Bestätigung dafür, dass dies immer schon der Fall war.

Auf strategisch-militärischer Ebene würde die Verfügbarkeit einer Atomwaffe in einem aktiven Kriegsschauplatz das Risiko von Fehlkalkulationen, Unfällen oder übereilten Entscheidungen in hochgradig angespannten Situationen exponentiell erhöhen. Nukleare Abschreckung erfordert Kontrollmechanismen, stabile Befehlketten und zuverlässige Kommunikationskanäle zwischen den Parteien – Bedingungen, die in einem Kriegskontext mit raschen operativen Veränderungen sowie starkem politischen und medialen Druck nur

schwer zu gewährleisten sind. Der Einsatz – selbst unbeabsichtigt – einer nuklearen oder radiologischen Waffe hätte unkalkulierbare humanitäre, ökologische und geopolitische Folgen.

Wollen Sie das alles in einfachen Worten? Hier ist die Übersetzung: Russland wäre gerechtfertigt, präventiv zu handeln, um sein eigenes Überleben zu schützen. Muss man noch mehr sagen?

Die Aussicht auf eine «schmutzige Bombe», wenngleich technisch von einer strategischen Atomwaffe verschieden, wäre aus politischer Sicht nicht weniger destabilisierend. Der Einsatz radioaktiven Materials zu offensiven Zwecken würde eine Dimension von Terror und Kontamination einführen, die Zivilbevölkerungen und Territorien unterschiedslos trafe und eine Spirale von Vergeltung und Gegenvergeltung in Gang setzen würde, die kaum zu kontrollieren wäre. Auch in diesem Fall würde die psychologische und politische Eskalationsschwelle überschritten – mit irreversiblen Folgen, darauf können Sie sich verlassen.

Angesichts eines solchen Berichts sollte sich die sogenannte «internationale Gemeinschaft», die von westlichen Staaten so gepriesen wird, zusammenschliessen und zumindest präventiv schwere Sanktionen gegen das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Ukraine verhängen, diese Staaten sowie auch Deutschland einer detaillierten Untersuchung unterziehen. Doch wir wissen bereits, dass dies nicht geschehen wird. Wahrscheinlicher ist, dass die Nukleardoktrin entsprechend neuer Machtgleichgewichte neu geschrieben wird, weil letztlich die Garantien, die zum Schutz eines sehr fragilen, aber dennoch funktionierenden Status quo geschaffen worden waren, gebrochen wurden. Und es waren die europäischen Länder selbst, die daran Hand angelegt haben.

Eine europäische Führung, die eine klare, offensichtliche und eindeutige konkrete Bedrohung für die globale Sicherheit darstellt.

Quelle: This is a bomb, a dirty bomb!

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-ist-eine-bombe-eine-schmutzige-bombe/>



Martin Armstrong: «Wie Europa sich selbst zerstörte und was als Nächstes kommt»

Ein Interview, das Europa wachrütteln sollte

uncut-news.ch, Februar 26, 2026

In einem hochaktuellen Video-Interview mit dem renommierten Ökonomen, Hedgefonds-Manager und Gründer von Armstrong Economics, Martin Armstrong, wird schonungslos analysiert, warum Europa sich selbst in die Krise manövriert hat und welche dramatischen Veränderungen in den kommenden Jahren bevorstehen. Armstrong, bekannt für seine präzisen Zyklen-Modelle und seine jahrzehntelange internationale Erfahrung als Berater von Zentralbanken und Regierungen, zeichnet ein Bild von systemischem Versagen, das weit über bloße Wirtschaftsdaten hinausgeht.

Das Gespräch ist eine radikale Abrechnung mit der Euro-Politik, der Schuldenpolitik des Westens und der verzweifelten Suche europäischer Eliten nach externen Feindbildern.

Die Kernkrisen – Der unbezahlbare Schuldenberg

Im Zentrum von Armstrongs Analyse steht die globale Staatsverschuldungskrise, die seit dem Zweiten Weltkrieg unaufhaltsam wächst. Regierungen haben seit Jahrzehnten neue Schulden aufgenommen, um alte zu bedienen, ohne je Tilgung zu planen. In den USA übersteigen die Zinsausgaben bereits die Militärausgaben. «Ein Dreijähriger mit Taschenrechner kann das ausrechnen», sagt Armstrong trocken. Wenn die Zinsen den gesamten Haushalt auffressen, folgen Sozialkürzungen und ziviler Unfrieden.

In Europa ist die Lage noch dramatischer. Bei der Euro-Einführung 1998 wurde Armstrong von den Verantwortlichen konsultiert. Seine klare Empfehlung: Um eine echte Weltwährung neben dem Dollar zu schaffen,

muss der gesamte Staatsschuldenbestand konsolidiert werden, genau wie Alexander Hamilton es nach der Amerikanischen Revolution in den USA getan hatte. Helmut Kohl, damaliger Bundeskanzler, lehnte das kategorisch ab. Er handelte «wie ein Diktator», gestand er später selbst, und liess das deutsche Volk nicht abstimmen. Eine Volksabstimmung hätte er 7:3 verloren, weil die Deutschen es als Bail-out für Griechenland und Italien gesehen hätten.

Die Folge: Der Euro ist bis heute nur eine Fassade. Für Kapitalmärkte hat sich nichts geändert. Investoren fragen weiterhin: Deutschland? Italien? Frankreich? Die Risiken blieben national.

Warum ökonomische Theorien heute «Müll» sind

Armstrong, der sich selbst als «Trader, nicht als akademischen Ökonomen» sieht, kritisiert scharf, dass fast alle gängigen Wirtschaftstheorien auf den 1930er-Jahren basieren, einer Zeit ausgeglichener Staatshaushalte. Keynes habe Defizite nur in Rezessionen erlaubt, doch Regierungen hätten das als Freibrief für Dauerdefizite missbraucht.

Heute bestehe die Geldmenge grösstenteils aus Schulden selbst. Staatsanleihen dienen als Kollateral für Kredite, Quantitative Easing floss vor allem ins Ausland. China verkaufte 30-jährige US-Bonds und kaufte kürzere. «Die Theorien sind rein national ausgerichtet und ignorieren globale Kapitalströme», so Armstrong. Er verweist auf seine eigene Erfahrung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde er von der Bank of China gerufen, weil dort nur Praktiker mit Trading-Erfahrung sassen. Gorbatschow habe den Untergang der UdSSR bewusst zugelassen, weil er Zyklen verstand und wusste, dass kein Imperium ewig währt.

Europa auf dem Weg in den Krieg – Ablenkung von innerem Zerfall

Die Verzweiflung der europäischen Eliten sei mittlerweile so gross, dass sie einen Krieg mit Russland brauchen. «Jede Regierung, die innere Opposition hat, sucht einen externen Feind.» Wer Kritik am Euro oder an der EU-Politik äussert, wird als «Putin-Puppet» diffamiert.

Macron, den französische Spitzenkontakte als «petite Napoleon» bezeichnen, habe seine Zustimmungsrate auf 11 Prozent sinken sehen und drei Generäle degradiert, die ihm widersprachen. Die Vorstellung, Russland konventionell zu besiegen und sich dessen Rohstoffe, geschätzt 75 Billionen Dollar, anzueignen, sei schlicht «delusional». NATO-Generalsekretär Rutte habe genau diese Illusion kürzlich öffentlich zerstört.

Wirtschaftlich ist Europa bereits am Abgrund. Letztes Quartal nur 0,3 Prozent Wachstum. Japan und Deutschland schrumpfen. Die Gründe sind vielfältig: Corona-Lockdowns, die Zerstörung kleiner Betriebe, die Klimapolitik mit massiven Protesten gegen den E-Auto-Zwang, die Russland-Sanktionen mit explodierenden Energiepreisen und eine Migrationspolitik, die unqualifizierte Menschen ohne Sprachkenntnisse ins Land holt.

Armstrong erinnert: Amerika wurde gross durch «faire Diskriminierung». Wer als Letzter vom Boot kam, musste erst Englisch lernen. In Europa verhindern Sprachgrenzen genau diese Integration. Die EU, einst als Handelsunion gedacht, sei zu einem zentralistischen Machtapparat mutiert, der lokale Kulturen und Regeln überrollt und sogar Ungarn bestraft, weil es nicht spurt.

Der unausweichliche Zerfall – Zurück zu Nationalstaaten

Armstrong prophezeit den Zerfall der EU entlang ethnischer und wirtschaftlicher Linien, ähnlich wie die Sowjetunion oder Jugoslawien. Die Unterschiede in Sprache, Kultur und Wirtschaftsstruktur, Industrie-Deutschland versus Tourismus-Spanien, seien zu gross für ein einheitliches System.

Das ursprüngliche Fed-System in den USA mit zwölf regionalen Banken sei genau dafür gedacht gewesen, regionale Kapitalströme auszugleichen. Heute ist alles zentralisiert und damit anfällig.

Gleiches gelte für Kanada mit Alberta als Rohstoffregion und Toronto als Finanzzentrum. Net-Zero-Politik und «soziale Gerechtigkeit» zerstören Produktivität. Armstrongs zentrale Erkenntnis lautet: Soziale Gerechtigkeit, individuelle Freiheit und wirtschaftliche Effizienz können nicht gleichzeitig existieren. Eines hebt das andere auf.

China boomt, weil es die Familie nicht zerstört habe. Russland trotz enormer Rohstoffe nicht, weil Produktivität fehlt. Der wahre Reichtum einer Nation ist die Produktivität ihrer Menschen.

Hoffnung am Horizont – Direkte Demokratie und Neugestaltung

Trotz düsterer Kurzfrist-Prognose ist Armstrong langfristig optimistisch. Die Märkte werden den Wandel erzwingen. Er hofft auf mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild, mit Volksabstimmungen über Krieg, Steuern und Reichtumssteuern. Gold steigt, weil es neutral ist, weder US- noch Euro-Schulden. Bis 2032 könnte es 8000 bis 10'000 Dollar erreichen.

Europa sei verwundbarer als die USA, weil der Schuldenberg fragmentiert ist. Ein Ausfall Frankreichs würde sofort Italien, Spanien und die Banken ins Visier der Märkte nehmen.

Dennoch: «Es ist nicht das Ende der Welt. Wir überleben das. Alle 300 Jahre etwa kommt so eine Phase. Danach setzen wir uns hin und gestalten Regierung neu.»

Fazit – Eine Mahnung an die Eliten

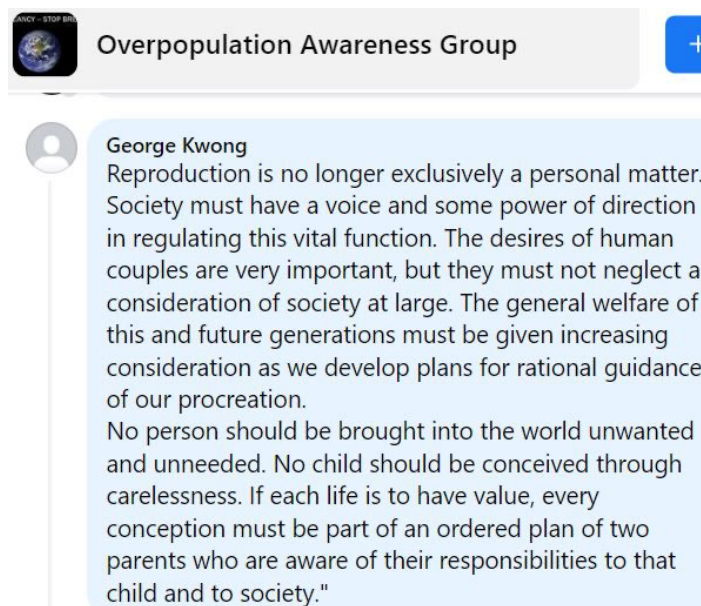
Martin Armstrongs Analyse ist keine Verschwörungstheorie, sondern das Fazit eines Mannes, der 50 Jahre lang mit Zentralbankern, Präsidenten und Kapitalmärkten auf Augenhöhe gearbeitet hat. Er warnt: Die Politiker denken nur bis zur nächsten Wahl. Langfristige Lösungen gibt es nicht, solange sie Macht nicht abgeben wollen. Europa hat sich selbst zerstört, durch Arroganz, Zentralismus und Realitätsverweigerung.

Was kommt danach? Zerfall, Neugestaltung und hoffentlich mehr Demokratie statt Bürokratie.

Das Interview ist ein Weckruf. Wer es hört, versteht: Die Uhr tickt. Und sie tickt laut.

Quelle: <https://uncutnews.ch/martin-armstrong-wie-europa-sich-selbst-zerstorte-und-was-als-nachstes-kommt/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

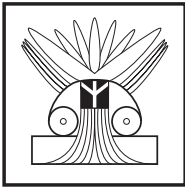
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand <beschreibt>, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol <Tod, Todesexistenz> beinhaltet das Symbol <Frieden> eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

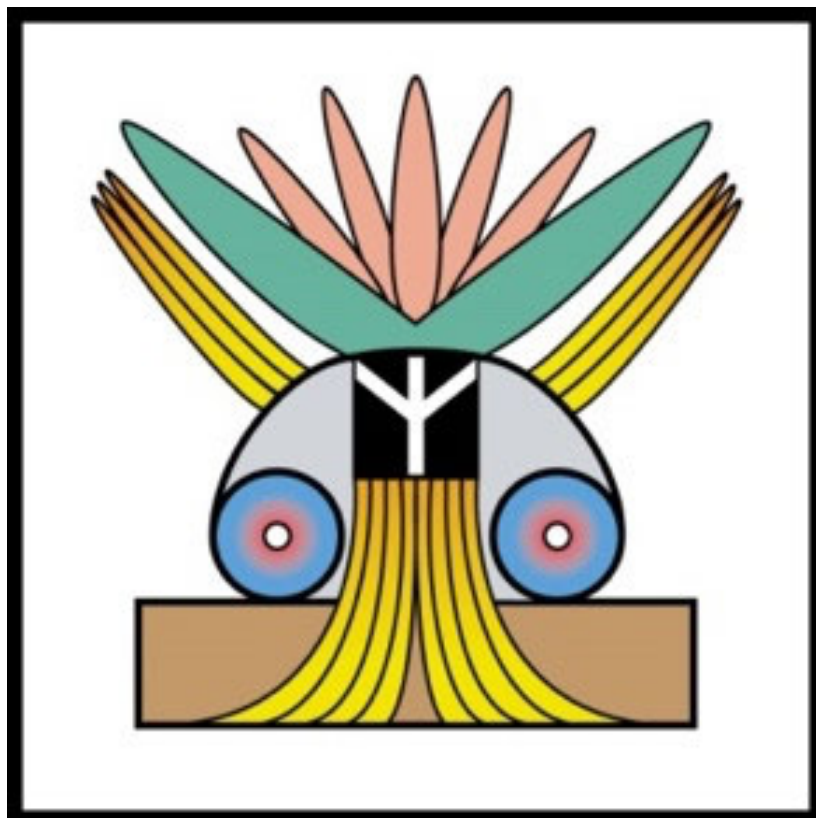
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

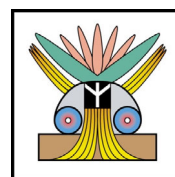
Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz